

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3.90 M., monatlich 1.30 M.,
wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Annoncen-
zeile oder deren Raum 60 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Beitrag-

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 2. November 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Aufforderung.

Der Artikel Scheidemanns, den wir vorgestern hier
veröffentlichten, hat in der Presse lebhafteste Kommentare ge-
zeitigt, von denen wohl jener der „Deutschen Tageszeitung“

Die „Deutsche Tageszeitung“ bleibt nach mancherlei Hin
und Her dabei, daß Scheidemanns Artikel eine „Drohnote“ sei.

Der freundliche Leser errät, daß diese besorgte Frage in
ihrem zweiten Teil eine verneinende Antwort finden wird.

„Auf die Frage, wie weit die Regierung Herrn Scheidemann
seine Politik erleichtert hat, möchten wir heute nicht näher ein-
gehen, sondern nur noch ein kurzes Wort darüber sagen, ob

Gier wird also festes Folgereifen im Sinne des sprich-
wörtlichen „starken Mannes“ gefordert, und die Sorge vor den
Folgen eines solchen Experiments wird durch den Hinweis

Wir sind dankbar für die Darlegung dieser guten Ab-
sicht. Ob die Regierung auf sie einzugehen bereit ist,
stellen wir anheim. Sie wird dabei freilich überlegen müssen,

Einer, der von der Machtlosigkeit der Sozialdemokratie
nicht ganz so fest überzeugt ist, wie die „Deutsche Tageszeitung“

nach Friedensschluss aber wird sie sicher zum Sturm an-

Angriffe der Engländer und der Italiener.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 1. No-
vember 1916. (W. L. B.):

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Mit besser werdender Sicht setzte im Sommegebiet in
mehreren Abschnitten lebhafteste Artillerietätigkeit ein.

Heeresgruppe Kronprinz.

Der Geschützkampf auf dem Ostufer der Maas war
nur zeitweilig lebhaft.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.

Gegen die am 30. 10. von uns genommenen Stellungen
auf dem östlichen Karajowka-Ufer führte der Russe nach

Auch die ottomanischen Truppen hielten das gewonnene
Gelände gegen starke Angriffe und warfen an einer Stelle

An der Bistrica Solotwinska wiesen österreichisch-
ungarische Truppen feindliche Abteilungen durch Feuer ab.

Front des Generals der Kavallerie
Erzherzog Carl.

In Siebenbürgen ist die Gesamtlage unver-
ändert.

Einen wichtigen Erfolg errangen westlich der Predeal-
Straße österreichisch-ungarische Regimenter, die in die ru-
mänische Stellung einbrachen und 10 Infanterie-Geschütze

Südöstlich des roten-Turm-Passes machte unser An-
griff Fortschritte.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls
von Radensen.
Keine Ereignisse von wesentlicher Bedeutung.

schwellen, der den Kriegsabsolutismus wegzujagen
und zum Parlamentarismus im wahren
Sinne des Wortes zu führen droht.

Das sieht nicht danach aus, als ob die Elemente, die im
Kampfe gegen den Herrn v. Jeddli so genannten Kriegs-
absolutismus vorangehen, und das sind nun einmal die
Sozialdemokraten, im Begriffe seien, „den tatsächlichen Rück-

Die Massen des wertvollen Volks aber, die sich um die
Sozialdemokratie scharen, werden dafür sorgen müssen, daß
die Spekulation auf ihre vermeintliche selbstverschuldete Ohn-

Zur Ernährungsdebatte
im Reichstage.

Die deutsche Wagenfrage steht auf der Tagesordnung des
Reichstags. Im Haushaltsausschuß hat man wieder wie in
allen vorausgegangenen Tagungen sehr eingehend beraten,

Eine gleichmäßige Wertschätzung hat das Kriegsernäh-
rungsamt nicht gefunden, die Gegenläge in der Beurteilung
vom Standpunkte der Interessen der Produzenten, des

Mazedonische Front.

Im Cerna-Bogen und zwischen Butovo- und Zahino-
Sec nahm die Artillerietätigkeit wieder zu.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der österreichische Generalfeldmarschall.

Wien, 1. November 1916. (W. L. B.) Amtlich wird
verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie
Erzherzog Carl.

Westlich des Predeal-Tales gelang es unseren Truppen in
die feindliche Stellung einzubringen, wobei 10 Infanteriegeschütze
und 17 Maschinengewehre erbeutet wurden.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls
Prinz Leopold von Bayern.

Nach heftiger Artillerievorbereitung versuchte der Feind bei
Einbruch der Dunkelheit sich der am 30. Oktober von ihm ver-

Ebenso scheiterten starke Angriffe gegen die ottomanischen
Truppen.

An der Bistrica Solotwinska wurden feindliche Abteilungen
durch Feuer vertrieben.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf dem Südsügel der lästlichen Front steigerte sich
im Laufe des gestrigen Tages das feindliche Artillerie- und
Minesfeuer wieder zu großer Kraft.

Abends flaute das Feuer ab, setzte jedoch nachts erneut mit
großer Heftigkeit ein.

Italienische Flieger warfen auf Duttons, Cesana und
Miramar zahlreiche Bomben ab, ohne nennenswerten Schaden zu
verursachen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Bei den I. und I. Truppen keine Ereignisse.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hoefler, Feldmarschallleutnant.

gegen. Die Preispolitik bewegte sich ganz im alten Geiste der
Verordnungen, es ist nicht nach oben als nach unten revidiert
worden.

Mit der Preiserhöhung für Kartoffeln um
1,75 M. für den Zentner, gegenüber dem Höchstpreis im Vor-
jahr, führte sich das Amt ein, ohne damit das weitere Ver-

Der sehr hohe Preis, wie freimütig zugegeben wurde, sollte
die Abgabe dem Landwirt schmackhaft machen, aber es zeigt
sich wieder, daß der Versuch, durch hohe Preise dem Markt

In unserer Fleischversorgung sind wir über die
Ungleichheiten der Rationierung nicht hinausgekommen;

während in einigen Städten noch 500 Gramm pro Woche zu-
geteilt werden, müssen sich andere mit 100 Gramm begnügen;

Die Folge dieser Preispolitik ist, daß die ärmere Bevölkerung,
die vielfach ihre Fleischportion gar nicht ausnutzen konnte, weil

Die Preispolitik bewegte sich ganz im alten Geiste der
Verordnungen, es ist nicht nach oben als nach unten revidiert
worden.

Die Preispolitik bewegte sich ganz im alten Geiste der
Verordnungen, es ist nicht nach oben als nach unten revidiert
worden.

Die Preispolitik bewegte sich ganz im alten Geiste der
Verordnungen, es ist nicht nach oben als nach unten revidiert
worden.

Die Preispolitik bewegte sich ganz im alten Geiste der
Verordnungen, es ist nicht nach oben als nach unten revidiert
worden.

Es folgte dann eine Heraushebung der Höchstpreise für Rase um 10 M. pro Zentner.

Für Gemüse wurden die Höchstpreise aufgehoben und damit setzte im freien Verkehr wieder die wüste Preistreiber ein.

Als Preisherabsetzung kommt aus der Tätigkeit des Kriegsernährungsamts nur die Senkung des Gerstenpreises um 20 M. Die Tonne in Frage und ein Herabsetzen der Preise für Graupen und Gröhe im Kleinhandel auf 30 Pf. das Pfund.

Diese kurze Uebersicht ergibt, daß eine Preispolitik verfolgt worden ist, die vom Standpunkte der Verbraucher aus sehr zu bedauern, vom Standpunkte der Erzeuger aus aber kaum zu rechtfertigen ist. Wir drängen damit die Ernährungsämter, die Möglichkeit der ärmeren Volksschichten, abgesehen von dem Mangel an Nahrungsmitteln, auch noch in die Bahnen einer minderwertigen Nahrungsmittelversorgung, weil unsere wertvollen Nahrungsmittel im Preise so gestiegen sind, daß die Einschränkung noch über das Maß der vorgenommenen Einteilung hinausgeht.

Was die Einteilung der vorhandenen Bestände für die kommende Zeit anbelangt, so ist im Haushaltsausschuß erwogen, ob es ratsam erscheint, die verhältnismäßig hohen Viehbestände, die wir gegenwärtig haben, aufrechtzuerhalten oder ob es sich nicht vielmehr empfiehlt, mehr abzuschlachten, um die Fleischration zu erhöhen. Es ist mit Recht hervorzuheben, daß wir im Kriege schließlich keine Viehbestände brauchen, die über das Notwendige hinausgehen, zumal wir unsere Kartoffelbestände vor ein übermäßiges Verfüttern bei der Schweineaufzucht schützen müssen. Man wird natürlich mit der nötigen Voricht an die Frage herangehen müssen und vor allem das vorhandene Milchvieh schonen. Die Frage ist noch nicht zum Abschluß gebracht, sie wird erneut zur Erörterung stehen, wenn nach der Viehzählung am 1. Dezember eine bessere Uebersicht über die Altersklassen in den Viehbeständen vorhanden ist.

Da unsere Ernte an Brotgetreide, Gerste und Hafer gut ist, werden wir mit der bisherigen Ration zweifellos auskommen. Die größeren Erträge der Gerste- und Haferernte sollen zu einem erheblichen Teil für Nahrungsmittel verwendet werden, die als Ersatz herangezogen werden, wenn unsere Kartoffelbestände nicht langem oder sehr knapp werden. In Rücksicht auf die sehr ungünstigen Aussichten unserer Kartoffelversorgung hat die sozialdemokratische Fraktion verlangt, daß der Ausschuss von Trinkbranntwein verboten wird und die noch vorhandenen Mengen der Seeresverwaltung überwiesen werden.

Trinkbranntwein wird seit Februar d. J. nicht mehr in den freien Verkehr gegeben, es dürfen nur noch die vorhandenen Bestände im freien Verkehr aufgebraucht werden. Daran wird sich im Laufe des Jahres nichts ändern, denn unsere Kartoffelbestände gestatten nicht, daß wir für Trinkbranntwein eine weitere Verwendung zulassen.

Mit großem Nachdruck wird weiter die Herabsetzung des für die Bierproduktion verwendeten Quantum Gerste gefordert, weil man von der Ansicht ausging, daß schließlich eher ein Glas Bier zu entnehmen ist, als die aus Gerste bereiteten Nahrungsmittel Graupen und Gröhe.

Wenn wir somit bei unseren Hauptnahrungsmitteln keine neuen Bedrängungen erfahren werden, vielleicht sogar auf einige Erleichterungen hoffen dürfen, so bleibt im übrigen die Lage des Lebensmittelmarktes sehr ungünstig, vor allem werden wir auf eine größere Einfuhr aus dem Ausland kaum zu rechnen haben, es wird mithin der Mangel an Milch, Fett, Butter, Fischen, Konserven und Kolonialwaren bestehen bleiben.

Das Kriegsernährungsamt wird uns aus dieser Bedrängnis nicht herausbringen, wohl aber manche Milderung schaffen können; allerdings muß es dabei ein wenig mehr Energie entwickeln als bisher und mehr die Bedürfnisse der ärmeren Volksschichten berücksichtigen. Die Gewährung besonderer Zulagen für die Schwerarbeiter wollen wir anerkennen, aber wir verspüren schon wieder ein Nachlassen der guten Vorsätze. Dringend ist die Beseitigung der Preistreiber auf dem Obst- und Gemüsemarkt, hier haben sich die Mißstände bis zum Unerträglichen gesteigert. Im Handel mit Seefischen und Räucherwaren sind die Preise von Woche zu Woche aufwärts getrieben, so daß ein Zurück nur durch entschiedenes Eingreifen möglich ist.

Die wichtigste Aufgabe bleibt eine Senkung der Höchstpreise, es ist verkehrt, die einmal hochgeschraubte Preislage als unantastbar zu erklären. Alle bisherigen Erfahrungen bestätigen nur, daß mit jeder Preiserhöhung der Anreiz zu einer weiteren Steigerung wächst. Es erfolgt deshalb nicht eine größere Befriedigung des Marktes, sondern eher ein Zurückhalten der Ware. Ob allerdings das Kriegsernährungsamt die Energie aufwenden wird, um entgegen den Interessen starker Produzenten- und Händlergruppen die Interessen der großen Massen des Volkes wahrzunehmen, erscheint nach aller bisherigen Erfahrung fraglich. Von einer sozialistischen Produktionspolitik sind wir leider noch weit entfernt.

Die griechischen Wirren.

Kampf zwischen griechischen Truppen.

Saloniki, 31. Oktober. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Bei Salona, an der Eisenbahnlinie Saloniki-Berria, ist ein unangenehmer Zwischenfall vorgekommen. Ein Bataillon Infanterie, das von Berria nach Saloniki ging, wurde von Truppen aus Katerini, die der Regierung in Athen treu geblieben sind, angegriffen. Es wurden einige Schiffe gewechselt und verschiedene Soldaten verwundet. Das Bataillon schlug sich schließlich durch die Angreifer durch. Das ist die erste Feindseligkeit unter den beiden einander gegenüberstehenden Gruppen der griechischen Armee.

Die ungeschickte Politik der Alliierten.

Amsterdam, 1. November. (B. L. B.) „Morning Post“ wird aus Athen vom 28. Oktober gemeldet, daß die königlichen Beamten die offizielle Erklärung im „Matin“, daß Frankreich sich in die griechischen Angelegenheiten in Zukunft nur mehr im Einvernehmen mit den Alliierten einmischen und die Auffassungen des Königs mit Ehrerbietung behandeln werde, hoch erfreut sei. Gleichzeitig sei die Nachricht aus London gekommen, daß die Alliierten in Griechenland nur eine Regierung anerkennen könnten. Auch diese Nachricht sei von der antiliberalen Presse mit Jubel aufgenommen worden und werde als ein Gnadenstoß gegen die revolutionäre anti-bulgarische Bewegung betrachtet. Der Korrespondent der „Morning Post“ berichtet ferner, daß die Anhänger von Venizelos überrascht und enttäuscht seien und fügt hinzu, daß die Alliierten offenbar eine neue Dummheit be-

gangen hätten. Die Folge der ungeschickten Politik der Alliierten gegenüber Griechenland sei, daß die königstreue Partei sich jetzt ganz mit der deutschgefeindlichen Partei identifiziere und der liberalen Partei in Alt- und Neugriechenland die Zähne zeige. König, Generalstab und Kabinett trafen bereits Vorbereitungen, um alle Beamten, die sich Venizelos anschließen, zu entlassen. Alle Offiziere und Unteroffiziere von Armee und Flotte, die bei den Freiwilligen in Saloniki Dienst nähmen, würden sofort aus der Rangliste gestrichen und vor ein Kriegsgericht gebracht werden. Alle Offiziere und Mannschaften, die im Verdacht ständen, daß sie nach Saloniki gehen wollten, befänden sich in Haft oder unter strenger Bewachung. Die Richter der aufständischen Bezirke, die auf ihrem Posten blieben, sollten entlassen werden. Unter den Offizieren und Beamten gingen Listen zur Zeichnung um, und die Unterschrift sei gleichbedeutend mit einem Todeurteil an den König. Wer sich weigere, zu zeichnen, werde aufgespießt, um später bestraft zu werden.

Wie aus London vom 31. Oktober gemeldet wird, erfährt das Reutersche Bureau von gut unterrichteter englischer Seite, daß die Klagen gewisser griechischer Kreise, daß die Sympathie der Alliierten für die venizelistische Bewegung sich abgekühlt habe, eine Erfindung feindlicher Intriganten sei, und daß Venizelos besser Bescheid wisse. Das Verhältnis zwischen König Konstantin und der Entente habe sich merklich gebessert. Außerdem müsse daran erinnert werden, daß weder Venizelos noch die Amerikaner jemals feindliche Pläne gegen die Dynastie genährt hätten. Die Alliierten wollten Griechenland nicht zum Ausgehen der Neutralität bewegen oder es zum Kriege zwingen. Sie wünschten nur entsprechende Garantien für die Sicherheit der Armee in Saloniki zu haben. Venizelos, der in erster Linie Patriot sei, werde am liebsten zusammen mit dem König dem Vaterland dienen.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 1. November. (B. L. B.) Amtlicher Heeresbericht vom 31. Oktober.

Tigris-Front: Unser wirksames Artilleriefeuer zerstörte einen Beobachtungsturm des Feindes sowie seine Schützengräben. Das feindliche Erwiderngefeuer blieb ohne Wirkung.

Persische Front: In einem blutigen Zusammenstoß, der nordwestlich von Hamadan in der Gegend von Bidjar mit feindlichen Truppen stattfand, trugen unsere Truppen den Sieg davon und drängten den Feind zurück, der in Auflösung schlug. Außer schweren Verlusten an Toten und Verwundeten, die der Feind teils mit zurückführte, teils auf dem Schlachtfeld liegen ließ, verlor der Feind an Gefangenen einen Kompanieführer und 120 unverwundete Soldaten. Unter den Gefangenen befinden sich auch Offiziere. Ferner erbeuteten wir durch diesen neuen Erfolg eine große Anzahl Gewehre und anderes Kriegsmaterial. Die Ortschaft Bidjar, deren Einnahme von den Russen in ihrem amtlichen Bericht vom 26. Oktober 1916 gemeldet worden war, wurde von uns zurückerobert. Nördlich von Saks wurden russische Kavallerietruppen, die unsere vorgeschobenen Truppen angreifen versuchten, mit Verlusten für sie zurückgeschlagen.

Kaukasus-Front. Scharmügel. Von den anderen Fronten kein wichtiges Ereignis. Der stellvertretende Oberbefehlshaber.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 31. Oktober nachmittags. (B. L. B.) Außer beständig lebhaftem Artilleriekampf auf dem rechten Ufer der Maas im Abschnitt Douaumont—Saarg kein wichtiges Ereignis.

Orientarmee: Englische Flieger warfen Bomben auf feindliche Depots in Demirhisar. Die italienische Artillerie nahm Bulgaren bei Alindzali nordöstlich vom Dojransee unter Feuer und zerstreute sie. Die Serben setzten ihr Vordringen im Cerinabogen fort. Beslich vom Preispaese besetzten die Franzosen das Kloster von Singiere. Das allgemein schlechte Wetter verlangsamte die Unternehmungen.

Vom 31. Oktober abends. Der Tag war an der gesamten Front verhältnismäßig ruhig. Man meldet nur zeitweise aussehende Artilleriekämpfe, die in der Gegend von Saissy und im Walde von St. Pierre-Baast ziemlich lebhaft waren.

Belgischer Bericht: Schwache Artillerietätigkeit auf der belgischen Front.

Serbischer Bericht vom 30. Oktober. Infolge des schlechten Wetters schwache Tätigkeit. Auf dem linken Ufer der Cerna wiesen wir einen örtlichen Angriff des Feindes während der Nacht zurück; wir machten bei dieser Gelegenheit einen Erfolg nach vorwärts und machten Gefangene.

Die englische Meldung.

Vom 31. Oktober nachmittags. (B. L. B.) Durch die Agence Havas übermittelt. Von der letzten Nacht ist nichts Neues zu melden, nur beiderseitiges Artilleriefeuer mit Unterbrechung.

Vom 31. Oktober abends. (B. L. B.) Unsere Artillerie und unsere Schützengrabensmörser beschossen die feindliche Linie in der Nachbarschaft von Hohenzollern und des Kanals von La Caffée. Verschiedenes feindliches Artilleriefeuer bei Debuterne, im Gebiet von Hvern und südlich der Anere, besonders bei der Staff- und der Schwabenschanze und dem Regimaboden. Sonst nichts zu melden.

Bericht aus Saloniki vom 30. Oktober. Marineflugzeuge haben Bomben auf die Eisenbahnbrücke von Simstli östlich von Dojran geworfen und sie beschädigt.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 31. Oktober. (B. L. B.)

Westfront: In der Richtung auf Luck, in der Gegend von Bustomy und von Oheff südlich von Swiniuch haben unsere Abteilungen, nachdem sie Drahverhauve zerstört hatten, sich feindlicher Gräben bemächtigt und darin festgesetzt. Gegenangriffe des Feindes auf einem in der Gegend von Oheff genommenen Graben wurden durch unser Feuer abge schlagen. Südlich von Przegany in der Gegend der Dörfer Mitschitschuff und Alniska Dolna hat der Feind nach heftigem Artilleriefeuer eine Reihe von aufeinanderfolgenden Angriffen auf unsere Lager unternommen. Die Angriffe wurden durch unser Feuer abgewiesen. Gegen 4 Uhr nachmittags machte der Feind einen neuen Angriffsvorstoß; er wurde durch eingetroffene Reserven erneut zurückgeschlagen; wir machten dabei Gefangene. Nördlich vom Dorfe Swistelnik während der ganzen Nacht bis zum Morgen Kampf mit Handgranaten.

In den Waldmarpaten Artilleriekampf und Erkundungsunternehmungen unserer Ausflücker.

Kaukasusfront: Auf dem rechten Ufer des Korchundaras nordwestlich Gümüşschane haben Abteilungen eines unserer tapferen Regimenter die Türken, die uns in dieser Gegend beunruhigten, kräftig angegriffen und zerstreut. Ein Angriff starker Erkundungsabteilungen des Feindes auf unsere Posten nordwestlich von Gümüşschane und südlich von Nishi wurde abge schlagen.

Seit dem 28. Oktober vormittags haben bei Bidjar Kämpfe begonnen. In der Richtung auf Hamadan bemächtigten sich unsere Truppen nach Kampf der Dörfer Kurichjan und Koram.

Rumänische Front: In Siebenbürgen wurden Angriffe des Feindes in der Gegend von Buchinen im Prashova-Tale abge schlagen. Die hartnäckigen Kämpfe in der Gegend von Campolung und auf dem linken Ufer des Alflusses dauern an. Im Jutale fahren die Rumänen fort, den Feind nach Norden zurückzudrängen; sie machten weitere 300 Gefangene und erbeuteten 4 Maschinengewehre.

In der Dobrudscha ist die Lage unbeeinträchtigt.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 31. Oktober. (B. L. B.)

Österreichische Front: Die feindliche Artillerie war gestern gegen unsere Stellungen im Erganatole, auf dem Kamme des Sano-Tales (Eimon) und auf der ganzen jüdischen Front sehr tätig. Überall wurde ihr kräftig erwidert. Im Luftkampf über dem Karst wurde ein feindliches Flugzeug abgeschossen, das in unsere Linien fiel. Ein Flieger wurde getötet, der andere gefangen.

Albanische Front: Am 29. Oktober unternahm feindliche Flieger einen Streifzug und warfen Bomben in der Gegend von Klisura und der unteren Wofusa ab. Es sind keine Menschenleben vernichtet und kein Schaden angerichtet worden.

Saloniki-Front: Ein feindliches Erkundungsflugzeug wurde beim Bahnhof Alindzali an der Eisenbahn Dojran—Demirhisar abgeschossen. Eine bulgarische Abteilung, die den Fliegern zu Hilfe kam, wurde durch das genaue Schießen unserer Artillerie, die die Zerstörung des Flugzeuges vollendete, zerstreut.

Der rumänische Bericht.

Vom 31. Oktober. (B. L. B.)

Nord- und Nordwestfront: Von Bulgarien bis Dicaa ist die Lage unbeeinträchtigt. Bei Pratocea überraschte eine kleine Abteilung den Feind auf dem Rosaberge und schlug ihn mit großen Verlusten zurück. In einem einzigen Graben fand man 2 Offiziere und 70 Soldaten tot. Wir besetzten den Rosaberg, machten Gefangene und erbeuteten ein Maschinengewehr und einen Scheinwerfer. Bei Predelus schwächer gewordene Beschließung. Im Prashobatal und in der Gegend von Dragoslabe wiesen wir mehrere feindliche Angriffe zurück. Im Jutale dauert die Verfolgung des Feindes an. Bei Driova schwächer gewordene Beschließung.

Südfront: Die Lage ist unbeeinträchtigt.

Falschmeldungen.

Berlin, 1. November. (B. L. B.) Der rumänische Funkpruch vom 31. Oktober 2 Uhr nachmittags meldet, daß in Rosca 2 Offiziere und 70 Mann tot in einem Graben gelegen hätten. Diese Meldung entspricht nicht den Tatsachen. Unsere Verluste betragen bei diesem Gefecht an Toten und Verwundeten 12 Mann.

Berlin, 1. November. (B. L. B.) „Telegraph“ vom 28. Oktober bringt eine Schilderung der Information, wonach bei dem Fliegerangriff auf Reih das Bahnhofsgebäude, das Postgebäude und das Standbild Kaiser Wilhelms I. gänzlich vernichtet worden seien, während das Stadtviertel beim Bahnhof sehr stark gelitten habe. Die Bewohner von Reih können sich durch eigenen Augenschein überzeugen, daß diese Meldung der „Information“, die einem Briefe aus Reih entnommen sein soll, vollständig aus der Luft gegriffen ist.

Vom U-Boot-Krieg.

Bern, 31. Oktober. (B. L. B.) Die „Temps“ meldet, daß der französische Dampfer „Irma“ (844 Tonnen) versenkt und die Besatzung durch einen englischen Dampfer gerettet worden.

London, 31. Oktober. (B. L. B.) Lloyd's meldet: Der Dampfer „Cabotia“ aus Glasgow ist am 20. Oktober zum Sinken gebracht worden.

Der norwegische Dampfer „Fallejell“ ist zum Sinken gebracht worden.

Lloyd's meldet aus Gibraltar: Der griechische Dampfer „Rafalia“ ist versenkt worden.

Kristiania, 31. Oktober. (B. L. B.) Meldung von Nord-Telegram Bureau. Der mit Ballast nach Barry bestimmte norwegische Dampfer „Thorsdal“ ist am Sonnabend, wie der norwegische Generalkonsul in Lissabon meldet, vor Cap Vincent von einem deutschen U-Boo: versenkt worden. Die Besatzung traf in Rettungsbooten in Faro ein.

Balfour über das letzte Seegefecht im Kanal.

London, 31. Oktober. (B. L. B.) Unterhaus. Balfour sagte auf eine Anfrage wegen des deutschen Angriffs im Kanal: Die deutsche Weiterleitung, daß kein Zerstörer verloren gegangen sei, war falsch. Deutsche Zerstörer sind von unserer Artilleriefeuer getroffen worden, aber es ist nicht behauptet worden, daß sie durch das Geschützefeuer versenkt worden seien. Nach den Mitteilungen, die bei der Admiralität eingegangen sind, sind zwei deutsche Zerstörer auf Minen in den ausgelegten Reyen gestoßen, in die Luft gesunken und wahrscheinlich gesunken. Sechs Regler sind untergegangen. Aber die „Queen“ hätte gerettet werden können, wenn der Kapitän sich vor Augen gehalten hätte, daß sich das Schiff noch sechs Stunden über Wasser halten würde. Der Zerstörer „Rubia“, der die deutsche Flotille angriff, wurde torpediert und hätte gerettet werden können, wenn nicht der Sturm gewesen wäre. Der Zerstörer „Blitz“ wurde in der Dunkelheit überrascht und auf kurze Entfernung versenkt. Wenn es das Ziel des Feindes war, den Dienst quer über den Kanal erheblich zu stören, so ist ihm das nicht gelungen, obwohl er die Vorteile des Angreifers in Bezug auf die Wahl der Zeit und des einzuschlagenden Weges auf seiner Seite hatte.

H.-U. „Deutschland“.

New London (Connecticut), 1. November. (B. L. B.) Neutermeldung. Das deutsche Handelsunterseeboot „Deutschland“ ist heute früh hier angekommen.

Notiz des B. L. B.: In Bremen ist eine Nachricht über die Ankunft der „Deutschland“ bisher noch nicht eingetroffen.

Norwegen und Deutschland.

Kristiania, 31. Oktober. (B. L. B.) Die Regierung setzte ihre Beratung mit dem Storchingspräsidenten und den Parteiführern unter Zurückziehung ihres Stodholmer Gesandten Hagerup (des bekannten Rechtslehrers und norwegischen Vertreters auf den Haager Konferenzen) und ihres Berliner Gesandten v. Ditten über die Deutschland zu erzielende Antwort fort. Trotzdem viele trübe Gerüchte über Ministerwechsel, Robilmadung, Einberufung des Storchings, Ministerreisen ins Ausland usw. nach wie vor umlaufen, dauern die gestern gemeldeten Versuche einzelner Blätter an, sich durch eine Verständigung mit Deutschland zu empfehlen. Ansehens als Folge davon bleibt auch die Börse im ganzen fest.

„Sozial-Demokraten“ und das Verhältnis Norwegens zu Deutschland.

Der „Sozial-Demokrat“, das angelegene Parteiblatt in Kristiania, beschäftigt sich in einem Artikel vom 30. Oktober mit der Haltung der deutschen Presse zum schwedischen Konflikt und erkennt dabei die Stellungnahme des „Vorwärts“ als durchaus gerecht an. „Sozial-Demokrat“ führt Stimmen anderer Blätter an und sagt hierzu: „Der „Vorwärts“ ist diesem Beispiel nicht gefolgt und hat auch an der Kampagne der bürgerlichen Presse nicht teilgenommen. . . . Hätte die übrige deutsche Presse den norwegisch-deutschen Konflikt in derselben Weise behandelt und wäre auch die bürgerliche Presse Norwegens weniger led gewesen. . . . , dann würde der Konflikt weniger ernst sein als er jetzt ist.“

Es bleibt also, nach Bismarcks Wort immer die Presse, die die Feinde einschlägt. Es ist erfreulich, daß sich „Sozial-Demokraten“ ebensolowig wie nach seinem Zeugnis der „Vorwärts“ an diesem losspieligen Vergnügen nicht beteiligen will.

Der Fortgang des Weltkrieges.

Von Richard Gäble.

31. Oktober 1916.

Es liegt in der Natur der Dinge, daß ein Ringen von so gewaltigen Ausmaßen nicht mit der Geschwindigkeit eines Kiluges vorwärts rücken kann. Alle Völker sehen an den Ausgängen dieses Weltkrieges ihre gesamte Kraft, weil sie wissen, welche folgen-schweren Entscheidungen er in seinem Schoße trägt. Noch mehr sind es die Regierungen, die aus ihren Völkern herauszuholen, was an Menschkraft, was an wirtschaftlicher, finanzieller, industrieller Leistungsfähigkeit in ihnen steckt; denn ein unglücklicher Ausgang des Krieges belastet ihr Ansehen in erster Linie. So ruft jeder Erfolg der einen Seite sofort eine neue Anstrengung der anderen hervor. Völkerkriege können nicht mit einem gewaltigen Schlage erledigt werden. Selbst wenn es denkbar wäre, daß die gesamte bewaffnete Mannschaft aller Staaten sich wie auf Verabredung auf einem einzigen großen Schlachtfelde trafen, würden die Ausdehnungen des Kampfes schon räumlich so ungeheuer sein, daß ein Erfolg der einen Seite auf einem Punkte sich keineswegs auf die Gesamtheit der Kämpfenden ausdehnen würde. Selbst dann würde der Sieg nur durch eine lange Reihe aufeinander folgender Schlage errungen werden können. Dazu strebt auch die ungewöhnlich große Widerstandskraft der Heere unserer Zeit; der Mensch ist freilich noch viel vor ein verwundbares, leicht kampfunfähig zu machendes Wesen, aber Erde und Stein, die er zu Hilfe ruft, die gewaltige Abwehrkraft der Feuerwaffen, die Fülle unserer jetzt fast nur dem Kriege dienlich gemachten Industrie und unsere Erfindungsgabe liefern ihm Mittel, die alle ohne Ausnahme den Erfolg haben, die Widerstandskraft und damit den Krieg zu verlängern. Dazu kommt, daß auch der Siegerwille, daß die Seelenkräfte in den Heeren unserer Zeit, selbst bei Russen, Rumänen und Italienern, einen Hof erreicht haben, der alles früher überbietet. Der hochgestimmte Mensch ist nun einmal für den Vernichtungsgedanken besser gerüstet, als der ursprüngliche — sein Wille wächst mit der Größe der materiellen und geistigen Güter, die er zu verteidigen hat.

Wir werden uns daher darüber nicht wundern dürfen, daß Feldmarschall von Hindenburg an der verantwortlichen Stelle, an der er steht, sich über die Dauer des noch vor uns liegenden Krieges mit größter Vorsicht geäußert hat. Solange das Streben der miteinander kämpfenden Staatsgruppen nicht auf Vergleich, sondern auf das Niederzwingen des Gegners geht, kann kein sterblicher Mensch, auch nicht der oberste Führer, voraussagen, wann das Ende erreicht sein wird. Hier sind Elementarkräfte am Werke, die er wohl sich dienstbar machen kann, wo die Gelegenheiten sich bieten, die sich aber jeder Vorausberechnung entziehen. Wir dürfen besonders an die starke Erneuerungskraft der Heere denken, die sich auf die allgemeine Wehrpflicht aller irgendwie kampffähigen Männer stützen, und denen Jahr für Jahr eine junge Mannschaft nachwächst. Bei unsern Gegnern kommt noch hinzu, die Heranziehung von allerlei Volk aus dem weiten Erdenrund, Indiern, Anamiten, Madagassern, Persern, Arabern, Marokkanern und Senegalnegern, Australiern, Südafrikanern und Kanadiern, deren Zahl alles in allem eine Million Soldaten weit übersteigt.

Die Frage, wann die militärische Kraft unserer Gegner sich erschöpfen wird, ist daher nur sehr schwer zu beantworten. Die Größe der Verluste, die sie besonders in diesem Sommer erlitten haben, läßt uns hoffen — aber die Größe der menschlichen Hilfsquellen stellt alles wieder in Zweifel. Nicht auf den Beginn ihrer Ermattung also, sondern auf die siegreiche Schärfe unseres eigenen Schwertes dürfen wir uns letzten Endes allein verlassen.

Die letzte Woche hat uns ein Beispiel dafür gegeben, wieviel ungedrohter Kraft noch immer in unseren französischen Gegnern steckt. Trotz der furchtbar blutigen Opfer, die ihnen ihre viermonatige Offensive an der Somme gekostet hat — sie mag gegenwärtig für sie allein, ohne die Engländer, 450 000 Mann übersteigen — haben sie am 24. Oktober nördlich Verdun einen fasten Angriff gegen unsere Linien durchgeführt, der ihnen einen namhaften tatsächlichen Erfolg eingetragen hat — es wäre lächerlich, das nicht unumwunden zuzugehen zu wollen. Das neblige Wetter mag sie begünstigt haben; immerhin aber war der Stoß sorgsam vorbereitet, überraschend angelegt, mit tapferer Entschlossenheit und unbedingtem Mut durchgeführt. In einer Breite von 7 Kilometern und einer größten Tiefe von reichlich 2 Kilometern hat er uns Stellungen entzogen, die wir in der schwersten Arbeit von Monaten erkämpft hatten. Die Franzosen haben diesem Stoß solche Bedeutung beigemessen, daß ihr Oberbefehlshaber Joffre selbst vor Verdun erschien. Glücklicherweise ist der strategische Wert ihres Erfolges lange nicht so groß wie der moralische. Es kann uns gewiß nicht gleichgültig sein, wenn an solchen glücklichen Schlägen der Opferwille und die Siegesüberzeugung des französischen Volkes sich neu entzündet; natürlich aber überbetreiben die französischen Zeitungen die Tragweite des Schlages, wenn sie von einer bevorstehenden moralischen Wirkung auf uns reden. Wir wissen, daß solch ein Krieg ohne Rücksicht nicht bleiben kann, die den siegreichsten Feldherren wie Napoleon und Friedrich in ihren schönsten Feldzügen nicht erspart blieben, und lassen uns durch sie unsern Willen nicht beirren. Einen Einfluß auf die allgemeine Kriegslage hat der Angriff in keiner Weise ausgeübt — in dieser Hoffnung der französischen Kriegsleitung war eine Fehlberechnung und eine falsche Einschätzung der Gesamtlage. Sie trugen sich in der Annahme, daß sie uns durch ihre hartnäckige Westoffensive ihren Willen aufzuzwingen und uns verhindern könnten, dort eine Entscheidung zu suchen, wo wir es zurecht für angebracht halten.

Es scheint fast, als sei ihnen weder die Unversehrtheit unserer Hilfskräfte durch die Günstigkeit unserer geographischen Lage schon so recht zum Bewußtsein gekommen. Diese bildet zu Lande das Beispiel der günstigen Lage Englands zur See. Die Art und Weise, in der England verstanden kann, und durch den Hungerkrieg — im weitesten Sinne verstanden — niederzuringen, beruht keineswegs allein auf seiner materiellen Überlegenheit, die wir nach Stagerat nicht ohne weiteres mehr anerkennen werden. In höherem Maße wird es durch die Lage seiner Insel begünstigt, die uns an sich die Werten der Weltmeere verschließt.

In gleicher Weise gestattet aber uns selbst unsere geographische Lage auf der inneren Seite, die Rinderzahl, in der wir uns nun einmal befinden, auszugleichen durch die geschickte Verwendung unserer Streitkräfte. In dieser Lage, gestützt auf ein vorzügliches Bahnnetz, wird eine entscheidende Heeresleitung immer die Möglichkeit finden, dort befestigt zu bleiben, wo wir es für richtig halten, und dort zum Angriff zu schreiten, wo wir die Verhältnisse günstig finden. Diese Kriegsführung haben wir nun mehr als zwei Jahre im wesentlichen erfolgreich durchgeführt. Allerdings sind wir in diesem Verfahren entscheidend unterteilt worden durch die größere Einheit des Oberbefehls auf Seiten der verbündeten Mittelmächte gegenüber dem vielföpfigen Kriegszustand, der mühseligen Verständigung und dem nicht immer übereinstimmenden Interessen auf der Gegenseite.

Diese überlegene Kraft des Handels hat unsere gegenwärtigen Erfolge im Südosten herbeigeführt. Es ist für uns Zuschauer ein erbaulicher Anblick, wie die Rumänen sich seit dem Beginn des Krieges an in der Zwischenzeit befunden haben. Sie waren auf keiner Seite ihrer langgedehnten Grenzen in der Lage, unsern Angriffen rechtzeitig ebenbürtige Streitkräfte entgegenzusetzen. Auch die russische Heeresleitung hat augenscheinlich zu keiner Zeit gewußt, an welchem Punkte sie ihre Verstärkungen einsetzen müßte. So wurden die Rumänen erst südlich der Donau, dann nördlich der Karpaten empfindlich geschlagen. Und jetzt, wo sie sich unter günstigen Geländebedingungen, durch den nahenden Winter unterstützt, an den Grenzen und auf dem Boden ihres Heimatlandes gegen Hallenbahns Heere mit Mut und Fähigkeit zur Wehr setzen, durch Gegenstöße sogar hier und dort Vorteile gewinnen, haben sie sich plötzlich wieder durch Rodensens Angriffe in der Dobrußa im Rücken bedroht. Nach der siegreichen Erstürmung der Linien südlich Gernamoda-Konstanza vom 10. bis 21. Oktober schritt die Verfolgung der geschlagenen Rumänen und Russen in raschem Gange vorwärts. Die verbündeten Streitkräfte haben seitdem fast 100 Kilometer in nördlicher Richtung zurückgelegt und

sehen nur noch 85 Kilometer von den Pontonbrücken bei Tulcea, Jfacoa, Starla über das Donaudelta eisernen.

Wir wundern uns daher nicht, wenn französische Militärkritiker rasche Hilfe für Rumänien fordern und den besorgten Warnungsdienst ausstoßen: „die Zeit drängt“; legen solche Äußerungen, die dem Unbehagen über den Gang der Ereignisse entsprechen, freilich auch nicht allzu hohe Bedeutung bei. Die Zeit spricht natürlich immer für den, der sie auszunutzen versteht. So spät hat dies General Sarrail mit seiner Saloniki-Armee ungewissenshaft versucht, wobei wir freilich nicht wissen, durch welche zwingenden Verhältnisse er behindert wurde. Die leichten Erfolge seines linken Flügels scheinen durch das Eingreifen deutscher Verstärkungen dauernd ausgehalten zu sein. Er hat sich blutige Schlappen geholt, als er mit Serben und Franzosen versuchen wollte, die Linien bei Kernali und am Gerna-Bogen zu erobern. Man mag bezweifeln, ob er sich über die Rinderwertigkeit seiner Truppen so ausgesprochen hat, wie ihm untergelegt wird; für einen Oberfeldherrn wäre das immerhin eigenartig. Der Wahrheit aber entsprechen wahrscheinlich die Schilderungen der einzelnen Bestandteile seines buntgemischten Heeres, in denen Serben, Franzosen, Engländer, Russen, Italiener, Portugiesen neuerdings auch griechische Freiwillige vertreten sind — Franzosen und Engländer außerdem in den verschiedensten weißen und farbigen Abarten. Die tüchtigsten Elemente dieser sehr gemischten Gesellschaft scheinen die hartgeprüften Serben zu sein, die gegen den bulgarischen Erbfeind noch immer mit erbitterter Mut anstürmen — und darüber zu Grunde gehen.

Deutsche Vergeltungsmaßregeln gegen Frankreich.

Berlin, 1. November. (B. Z. B.) Zwischen der deutschen und französischen Regierung ist im Januar d. Js. ein Abkommen wegen der Entlassung der beiderseitigen Zivilgefangenen getroffen worden. Nach diesem Abkommen haben alle in Frankreich internierten deutschen Frauen und Mädchen sowie männliche Personen unter 17 und über 55 Jahren und dienlich untaugliche Männer zwischen 17 und 55 Jahren Anspruch auf Entlassung und Heimförderung, soweit sie nicht wegen gemeiner Verbrechen oder Vergehen strafrechtlich verfolgt werden. Die französische Regierung hat das Abkommen insofern nicht innegehalten, als sie einer größeren Anzahl Deutscher, insbesondere Ehegatten, Witwen, die nach dem Abkommen zu entlassen waren, darunter auch Frauen und Kindern, ohne Angabe von Gründen die Abreise verweigert. Da die von deutscher Seite erhobenen Vorstellungen erfolglos geblieben sind, hat sich die deutsche Regierung nunmehr entschlossen, Vergeltung zu üben und zunächst zweihundert französische Männer und Frauen aus angesehenen Familien im besetzten französischen Gebiet festzunehmen und nach Deutschland bringen lassen. Sie werden so lange festgehalten werden, bis die vertragswidrig zurückgehaltenen Deutschen nach Deutschland zurückgeführt sind.

Abschiebung belgischer Arbeitsloser.

Brüssel, 1. November. (B. Z. B.) In den letzten Tagen hat die zwangsweise Abschiebung belgischer Arbeitsloser aus dem Gebiete des Generalgouvernements nach Deutschland begonnen, und zwar in dem Kreise Mons. Die Abschiebung ging ohne Zwischenfall vor sich. Auf dem Bahnhof in Mons erhielten die Leute in der Speiseanstalt für die Truppen warmes Essen.

Die Friedensandeutungen in der Rede Greys

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“, der ebenso wie die übrigen holländische Presse ausführliche Auszüge des Gotheinischen Artikels aus dem „Berliner Tageblatt“ bringt, wendet, wie dem „A. Z.“ aus dem Haag telegraphiert wird, gegen sie ein, daß der Wunsch Greys nach einer Friedensvermittlung Amerikas in diesem Augenblicke aus seiner Rede nicht erkennbar sei, ebenso seien aus ihr keine Gegenstände im englischen Kabinett zu entnehmen. Grey habe nur blos die Richtung auf das Ziel, das er schon seit Jahren verfolge, nämlich die scheidensrichtliche Behandlung von politischen Gegensätzen, geworfen. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ fährt fort: „Es macht einen sympathischen Eindruck, daß diesmal von deutscher Seite deutlicher als bisher auf eine Anregung auf diesem Gebiet eingegangen wird.“ Aus der Parteizugehörigkeit Gotheins geht zwar hervor, daß diesem Eingehen keine amtliche Bedeutung beizumessen sei, aber „das vermindert nicht die Bedeutung der Tatsache, daß ein Deutscher, der nicht der äußersten Linken angehört, in den Worten des Leiters der englischen Politik Töne des Friedens zu hören bereit ist und nicht blos Gründe, die dem Frieden im Wege stehen.“ Die Rede Greys wird in politischen Kreisen immer noch lebhaft erörtert, wenn auch durchweg mit Zweifeln über ihre unmittelbare Wirkung.

Die Vereinigung für demokratische Kontrolle in England.

Die „Justice“ vom 19. Oktober teilt folgende vom Großen Rat der Vereinigung für demokratische Kontrolle am 10. Oktober gefaßte Beschlüsse mit:

Der Rat bestätigt von neuem seine unerschütterte Überzeugung, daß eine dauernde Neuordnung nicht auf der Grundlage eines Friedens geschlossen werden kann, der aus Eroberungsrecht gegründet ist, und dem ein Handelskrieg nachfolgt, sondern nur auf der eines solchen, der den Nationalitätsansprüchen gerechte Berücksichtigung widerfahren läßt und den Grundstein zu einer wirklichen europäischen Gemeinschaft (partnership) legt. Der Rat ist der Ansicht, daß dies Ziel nicht durch einen verlängerten Zermürbungskrieg erreicht werden kann, der Siegern und Besiegten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ruin bringen muß, und verlangt daher dringend, daß ein Versuch gemacht wird, festzustellen, ob wir nicht jetzt durch Verhandlungen alles erhalten können, was der Sieg sichern oder verteidigen sollte. In Anbetracht der günstigen Lage des Verbandes zu Lande und zur See fordert der Rat ferner die englische Regierung im Verein mit den anderen Verbänderegierungen auf, sofort klar und ohne die Möglichkeit eines Mißverständnisses die Ziele anzugeben, die sie zu erreichen wünschen, und dadurch Verhandlungen zur Beendigung des Blutvergießens und zur Schaffung eines Friedens zu beginnen, der nach den Worten des Premierministers zur „Synchronisierung öffentlicher Rechte als leitenden Gedanken der europäischen Politik“ führen wird.

Der Rat erhebt scharfen Widerspruch gegen den jüngst vom Kriegsminister gegen jeden Staat erhobenen Angriff, der seine guten Dienste zur Durchführung eines gerechten und dauernden Friedens anbieten sollte, und leugnet das Recht Lloyd Georges, über diese Frage im Namen des Volkes zu sprechen. Er würde die Vermittlung jedes Volkes oder mehrerer Völker willkommen heißen, die zur Durchführung eines dauernden Friedens bestimmt wäre.

Die englischen Bergleute gegen die Teuerung

London, 31. Oktober. (B. Z. B.) „Daily News“ meldet, daß die Bergarbeiter von Süd-Wales und Schottland beschlossen haben, eine Bewegung gegen die Preissteigerung der Lebensmittel zu veranstalten. Die Bergarbeiter von Süd-Wales haben sich gestern in Cardiff versammelt und beschlossen, ihre Gewerkschaften zur einer Aktion

auszufordern, um die Regierung zu einer strengeren Aufsicht über die Lebensmittelpreise zu zwingen. Die anderen Gewerkschaften sollen eingeladen werden, sich der Bewegung anzuschließen. Wenn die Regierung nicht nachgibt, soll am 27. November der Streik erklärt werden. Winston, der den Vorstoß über die Verammlung führte, erklärte, daß die Gewinne von Schifffahrt und Industrie im Jahr 1913 20 Millionen Pfund betragen hätten, gegen 250 Millionen im Jahre 1916.

Bankrott des Opportunismus in der russischen Arbeiterbewegung.

SA. Das ausländische Sekretariat des Organisationskomitees der russischen Sozialdemokratie liefert in einer sechsten veränderten Materialsammlung aus der russischen Arbeiterpresse ein anschauliches Bild des Zusammenbruchs jener Hoffnungen, die von kurz-sichtigen „Rechts-als-Praktikern“ auf die organisatorische „Ausnutzung“ der Kriegsindustrieauschüsse für die Arbeiterbewegung gesetzt worden waren. Die Kampagne um die Kriegsindustrieauschüsse, lesen wir in dieser Materialsammlung, „hat offensichtlich die auf sie gesetzten Hoffnungen im Sinne der Organisation der Massen selbst in nationalem Maßstabe so wenig gerechtfertigt, daß schon in Nr. 2 des „Golos Truda“ (der in Samara erschienenen und jetzt unterdrückten Arbeiterzeitung) Genosse Pirogow, ein entschiedener Anhänger der Mitarbeit in den Kriegsindustrieauschüssen, ein recht trostloses Bild des Lebens und der Tätigkeit der Arbeitergruppen in diesen Ausschüssen entwerfen mußte. In Nr. 3 desselben Wochenblattes liefert Genosse Beer, ein Gegner dieser Mitarbeit, eine Kritik der bisher geführten Kampagne, indem er nachweist, daß der „Verlauf der Ereignisse die Teilnahme an den Kriegsindustrieauschüssen verschmolzen habe mit der Annahme der „Verteidigungsposition“. Er fährt dann fort:

„Es muß festgestellt werden, daß die Arbeitergruppen (in den Kriegsindustrieauschüssen), und zwar vor allem die Arbeitergruppe im Zentralauschuß (Petersburg) sich auf jener unklaren, formlosen Position nicht zu halten vermochten, die ihnen von ihren Vätern vorgezeichnet und im Petersburger Programm und ihrer ersten Deklaration formuliert wurde. . . . Was in Wort oder Schrift miteinander vereinbart werden kann, erweist sich in der Praxis oft als vollkommen miteinander unvereinbar. . . . Den Worten noch konnte man die Internationalität und die Weigerung, an „Verteidigungsaktionen teilzunehmen, mit der Teilnahme an den Kriegsindustrieauschüssen in Einklang bringen. In der Praxis erwies sich das als ein Ding der Unmöglichkeit. . . . Das bedeutet aber die Solidarität. . . mit der Bourgeoisie in der grundlegenden Frage der Gegenwart und die Preisgabe einer selbständigen Klassenpolitik auf dem Gebiete, das jetzt in der internationalen Politik im Vordergrund steht. . . . Von den beiden Richtungen, die für die Mitarbeit an den Kriegsindustrieauschüssen eintraten — die eine aus Gründen der „Landesverteidigung“, die andere zum Zweck der organisatorischen Ausnutzung —, hat die erste einen entscheidenden Sieg davongetragen. (Hier sei eingeschaltet, daß ein beträchtlicher Teil der russischen Arbeiter, namentlich die Mehrheit der Petersburger Arbeiter, sowohl die eine wie die andere Auffassung ablehnte und die Ausschüsse boykottierte. D. Red.) Das war unvermeidlich.“

In seinem Resumee der Tätigkeit und der Erklärungen der Vertreter der Arbeitergruppen der Kriegsindustrieauschüsse in Petersburg und anderen Städten kommt Genosse Beer zu dem Ergebnis, daß sich „vor unseren Augen eine neue Strömung, eine neue Gruppierung bildet, die in ihren Ausgangspunkten mit dem „Menschewismus“ (d. h. der sozialdemokratischen Richtung Arkelob (Kartow) bricht und ihre Taktik unter einem neuen nationalen Gesichtspunkt bestimmt.“

Dasselbe Thema behandelt auch Genosse A. Jersky in Nr. 1 des „Golos“, des neuen Samarer Wochenblattes.

Am Schluß seines Artikels teilt dieser Genosse mit, daß die fortgeschrittenen Arbeiter Petersburgs, die seinerzeit die Arbeitergruppen in den Ausschüssen in Schutz nahmen, jetzt den Austritt der Arbeiter aus den Kriegsindustrieauschüssen fordern. Diese Tatsache ist in Verbindung mit den kritischen Stimmen auch in jenen Arbeiterorganen, die noch vor kurzem die Mitarbeit an den Kriegsindustrieauschüssen aus „Zweckmäßigkeitsgründen“ befürworteten, ein erschütterndes Anzeichen der Klärung in den aktivsten Kreisen der organisierten russischen Arbeiter. Dem steht freilich die Tatsache gegenüber, daß eine Anzahl Literaten und Gewerkschaftler, gestützt auf die Arbeitergruppen in den Kriegsindustrieauschüssen planmäßig auf die Schaffung einer auf „nationalem“ Boden stehenden reformistischen Arbeiterpartei hinarbeiten. Der Belagerungszustand und die Kriegskontrolle fördert diese Tätigkeit und die liberale Presse läßt ihr alle nur mögliche Unterstützung angedeihen. . . .

Eine neue russische Kriegsanleihe.

Petersburg, 31. Oktober. (B. Z. B.) Ein kaiserlicher Ukas gibt dem Finanzminister Anweisung zur Ausgabe einer Kriegsanleihe mit kurzer Tilgungsfrist. Der Betrag der Anleihe beläuft sich auf drei Milliarden Rubel, sie soll zu 5 1/2 Prozent verzinslich sein und in zehn Jahren zurückgezahlt werden.

Hughes und das amerikanische Recht.

Columbus (Indiana), 31. Oktober. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. In Beantwortung der Frage, ob er nicht für ein Ausfuhrverbot für Runkelrüben und für die Annahme der Entschädigung des Kongresses sei, die Amerikaner davor warnt, auf Handelschiffen der Kriegführenden zu fahren, erklärte Hughes, er sei für die Aufrechterhaltung jeglichen amerikanischen Rechtes einschließlich des Rechtes zu reisen und des Rechtes der Verschiffung.

Kleine Kriegsnachrichten.

Rom, 31. Oktober. (B. Z. B.) (Meldung der Agenzia Stefani.) Der italienische Votschafter in Paris Tittoni hat, da er, obgleich wiederhergestellt, den Winter in einem milden Klima zubringen muß, um seine Entlassung nachgesucht. Der Minister hat die Entlassung mit Bedauern an und ernannte Tittoni zum Zeichen der Anerkennung seiner dem Lande geleisteten Dienste zum Staatsminister.

Kopenhagen, 1. November. (B. Z. B.) Die dänische Generaldirektion gibt bekannt, daß von dem Amerikadampfer Frederik VIII auf der Reise von New York nach Kopenhagen die gesamte Brief- und Paketpost und von dem norwegischen Amerika-Dampfer Kristianfjord auf der Reise von New York nach Bergen 73 für Dänemark bestimmte Poststücke von den englischen Behörden in Aikwall beschlagnahmt worden sind.

Letzte Nachrichten.

Fliegerunglück in Frankreich.

Bern, 1. November. (B. Z. B.) „Katin“ meldet: Auf dem Flugplatz Ranch ist ein Doppeldecker abgestürzt; Führer und Beobachter sind tot.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Berliner Arbeitsmarkt im Monat September 1916.

Der Arbeitermangel ist in Berlin noch im Steigen begriffen; in der Metallindustrie, im Holz- und Baugewerbe, im Barbier- und Schuhgewerbe und in anderen Berufsgruppen konnte die Nachfrage nicht gedeckt werden. In den Arbeitsnachweisen entfielen auf 100 offene Stellen nur 81 Arbeitsgenosse und auch bei den Frauen zeigte sich eine starke Nachfrage, so daß bei ihnen wie den Männern die Löhne weiter stiegen. Infolge der günstigen Arbeitslage, die durch die üblichen Quartalarbeiten mit bedingt wurden, war das Angebot von Dienstmädchen knapp, ein großer Teil von ihnen geht zur Industrie über, wo sie gut lohnende Beschäftigung finden. Die Kosten zeigen fallende Zahlen für männliche und langsam steigende Zahlen für weibliche Mitglieder. Die Einnahmen der Bundesversicherungsanstalt Berlin aus Markenbeiträgen haben sich um einige zehntausend Mark gehoben. Auch die Unterbringung Kriegsbeschädigter gestaltete sich im Berichtsmonat günstiger.

Achtung, Kohlerger und Helfer! Nachdem auch der Arbeitgeberverband im Kohlergergewerbe den Vergleichsvorschlag des Einigungsamts angenommen hat, ist damit die Höhe der Feuerungszulage entschieden. Die Kollegen erhalten also vom 15. Oktober ab eine Zulage von 5 Pf. und vom 15. Januar 1917 ab weitere 7 Pf. Die Nachzahlung ist von den Arbeitgebern bei der nächsten Lohnzahlung zu fordern. Beschwerden wegen Nichtauszahlung der Zulage sind an die Verwaltung zu richten.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Aus dem Lederarbeiter-Verband.

Zentralvorstand und Verbandsauschuß des Verbandes der in der Leder- und Lederhandschuhindustrie beschäftigten Arbeiter haben gemeinsam beschlossen, vom 6. November ab die vollen statutenmäßigen Sätze für Gewährung von Arbeitslosenunterstützung wieder in Kraft treten zu lassen. Die Krankenunterstützung wird ebenfalls nach den Sätzen des Statuts, jedoch nur vom 15. Tage nach der Krank-

meldung ab, gezahlt. Im weiteren haben die Verbandsinstanzen beschlossen, allen Mitgliedern, die in der Weihnachtswoche arbeitslos und ausgezehrt sind, eine Weihnachtsunterstützung zu zahlen.

Von einer Weihnachtsunterstützung an die Kriegsteilnehmer aus Verbandsmitteln muß leider dieses Mal abgesehen werden. Die Einnahmen sind während der Kriegsdauer um weit mehr wie die Hälfte gesunken. Trotz der bisher beschränkten Unterstützungssätze bei der Arbeitslosenunterstützung und obgleich die Mitgliederzahl durch die Einziehungen zum Kriegsdienst usw. um mehr als die Hälfte zurückgegangen ist, haben sich die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung erhöht. Im Jahre 1915 haben wir rund 73 000 Mark für Arbeitslosenunterstützung verausgabt, das sind 10 000 Mark mehr als im Jahre 1913 bei mehr als doppelt so hohem Mitgliederbestand. Damals verausgabte der Verband nur 63 000 Mark.

Die Beschäftigungsverhältnisse waren im Jahre 1915 für die angeschlossenen Berufe im großen und ganzen noch als gut zu bezeichnen, trotzdem hatte der Verband noch eine höhere Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung als 1913. Jetzt geht der Verband aber dem Vorjahr gegenüber allem Anschein nach viel ungünstigeren Verhältnissen entgegen. Durch Ausbleiben der ausländischen Rohstoffe, Gerbstoffe usw. sowie durch die Einschränkungen der inländischen Schlachtungen macht sich mehr und mehr eine Knappheit an Rohstoffen usw. bemerkbar, die jetzt schon zu bedeutenden Einschränkungen bei den Einarbeitungen geführt hat und immer noch mehr führen wird; es sind jetzt schon eine Anzahl Betriebe ganz stillgelegt. Diese Einschränkungen haben schon jetzt dazu beigetragen, die Zahl der Arbeitslosen anzuheben zu lassen und wird in Zukunft die Zahl noch mehr zunehmen; damit ist bestimmt zu rechnen. In der Leder- und Chromgerberei war bis vor kurzem ein äußerst flotter Geschäftsgang, jetzt nimmt aber auch die Zahl der Arbeitslosen täglich immer mehr zu infolge Fehlens des Rohmaterials. Auch in der Weißgerberei und Handschuhfabrikation, wo bisher schon an einzelnen Orten mit größerer Arbeitslosigkeit zu rechnen war, nimmt die Arbeitslosigkeit infolge Knappheit des Materials immer mehr zu. Es gilt deshalb vor allen Dingen, die Mittel bereit zu halten, um den Mitgliedern des Verbandes, die unter den jetzigen Feuerungsverhältnissen auch noch von dem Uebel Arbeitslosigkeit heimgesucht werden, wenigstens die ihnen statutenmäßig zustehende Arbeitslosenunterstützung zu sichern. Das verfloßene 2. Quartal schloß nur mit der geringen Mehreinnahme von

rund 6000 Mark ab. Sobald jetzt schon fest: diese geringe Summe wird fast aufgezehrt durch die jetzt in Kraft tretende Erhöhung der Unterstützungssätze, ohne daß dabei eine höhere Zahl von Arbeitslosen damit rechnen, daß er die Unterstützung seiner Arbeitslosen nur unter Inanspruchnahme des angesammelten Kassenbestandes durchführen kann. Je länger dieser unglückliche Krieg dauert und je mehr die Feuerungsverhältnisse überhand nehmen, je mehr macht sich naturgemäß auch das Bestreben nach Verbesserung der Lohnverhältnisse bei den Mitgliedern geltend. Solange das Geschäft einigermaßen gut ging, war es möglich, zu einigermaßen annehmbaren Vereinbarungen zu kommen, mit dem Eintreten der schlechteren Verhältnisse ändert sich auch hier das Bild. Der Verband muß deshalb für die Zukunft größere Geldsummen für die Verbesserung der Lohnverhältnisse zur Verfügung haben. Unter diesen nur zu berechtigten Erwägungen kann der Zentralvorstand es nicht verantworten, nun auch noch von unserem geringen Kassenbestand 40 000 oder 50 000 Mark für eine Weihnachtsunterstützung der Kriegsteilnehmer zu entnehmen, um damit dem einzelnen Teilnehmer die geringe Unterstützung von 5 bis 6 Mark neben zu können. Der Vorstand fordert aber die Zahlstellen auf, aus den Lokalkassen und durch örtliche Sammlungen ihr Möglichstes zu tun zur Unterstützung der Kriegsteilnehmer.

Ausland.

Feuerungszulagen für die Wiener Chemigraphen.

Der Gehilfenausschuß für die Lithographen und Steindruckere in Wien hat vor kurzem eine Feuerungszulage für die Lebrlinge erwirkt. Die Gewährung einer solchen Zulage an die Gehilfen wurde jedoch von der Unternehmerorganisation auf einen späteren Termin vertagt. Nunmehr wurde dem Ansuchen des Gehilfenausschusses in der Weise entsprochen, daß den verheirateten Gehilfen 10 Kronen, den ledigen 5 Kronen pro Monat Feuerungszulagen gewährt werden für sämtliche Wiener Anstalten. Diese Zulage gelangt bereits mit Ende Oktober zur Auszahlung.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Heißlich mild, trocken und vielach heiter. Später im Westen langsam neue Trübung und etwas Regen.

A. Wertheim

G. m. b. H.

Handschuhe

Damen

Trikot farbig	0.38
Trikot halb m. Futter, farb., m. 2 Druckkn.	0.68
Trikot m. weiß. Einf., farb., m. 2 Druckkn.	0.85
Trikot halb mit Seidenfutter in farbig, mit 2 Druckknöpfen	0.95
Wildleder-Ersatz halb mit Futter, farbig	1.15
Wildleder-Ersatz ganz gefüttert, 1/2 Stepper	1.45
Trikot ganz gefüttert, in farbig, mit 2 Druckknöpfen	1.25
Trikot halb mit Futter in farbig, mit schwarz. Aufnäht	1.10
Schweden-Ersatz halb m. Seidenfutter, m. 2 Druckkn., farbig	1.55
Wildleder-Ersatz ganz gefüttert, m. schwarz. Aufn. l. farb., m. 2 Druckkn.	2.25
Glacé farb., weiß u. schwarz, m. 2 Druckkn.	1.85
Schweisch-Stepper farb., mit 2 Druckknöpfen	1.95
Glacé farbig, mit 2 Druckknöpfen	2.35
Waschleder gelb und weiß	2.25
Schwedisch-Stepper stark. Handsch., farb., m. 2 Druckkn.	2.75
Glacé gefüttert, mit 2 Druckknöpfen, in farbig	2.90
Gazelle-Stepper in farbig, mit 2 Druckknöpfen	3.90
Nappa-Stepper in farbig, mit 2 Perlmutterknöpfen	3.90

Herren

Trikot farbig, mit Druckknopf	0.75
Trikot ganz gefüttert, farbig, m. Druckkn.	1.15
Wildleder-Ersatz ganz gefüttert, in farbig, mit Druckkn.	1.25
Trikot ganz gefüttert, farbig, m. Druckkn.	1.65
Wildleder-Ersatz ganz gefüttert, in farbig, m. Druckkn., 1/2 St. pp.	1.75
Schweden-Ersatz mit schwarzer Aufnäht und Druckknopf	1.85
Glacé-Stepper farb., m. 2 Druckkn.	1.85
Nappa Stepper farb., m. Druckkn.	2.90
Chrom-Stepper Militärhandschuhe, rot, in weiß, m. 2 Druckkn.	2.90
Schwedisch-Stepper in farbig, mit 2 Druckknöpfen	3.90
Nappa-Stepper geeignet als Militärhandschuhe, m. Druckknöpfen	3.90
Glacé gefüttert, farbig, mit Druckknopf	3.90

Kinder

Trikot farbig	0.35
Trikot halb mit Futter in farbig	0.65
Trikot farbig m. 1 oder 2 Druckknöpfen	0.95
Trikot ganz gefüttert mit 2 Druckknöpfen	1.10
Gestrickte Handsch. farbig	0.58-1.15
Krimmerhandschuhe	0.60 0.95
Krimmerhandschuhe Handfläche aus Leder	1.75

Lebende Hühner Junge Stück 4.50 alle Stück von 6.75 an
Fett- und Bratgänse
 Große Mantenten Pfund von 3.50 an
 Suppenhühner . . . Pfund von 3.25 an
 Junge Hühner . . . Pfund von 3.50 an
 Ausgeschlachtetes Gänsefleisch

Gänse Pökelfleisch
Krammetsvögel

Gänsestückenfleisch, -Brüste, -Keulen, -Klein, -Fett und -Leber
 Schellfische . . . Pfund v. 1.35 an
 Kabliau mit Kopf, ganze Fische, Pfd. 1.55
 Kabliau ohne Kopf, ausgeschält, Pfd. 2.25
 Stinte Pfund 60 Pf.
 Aalquappen Pfund 1.05
 Marainen feiner fetter Fisch Pfd. 1.75
 Lebende Aale zu Tagespreisen.

Milfix-Kunstfleisch Kostproben Leipziger Strasse Dose 2.20

Hüte u. Putzartikel

Ungarnierte Damenhüte in modernen Formen, Filz	4.25	6.50	7.50
Sammet	5.50	7.50	9.50
Garnierte Damenhüte mod. Form., m. versch. Garnit.	7.50	10.50	15.00 18.50
Kinderhüte und Kappen neueste Formen und Garnituren	3.50	4.75	6.50
Große Auswahl in modern. Schleiern Mtr.	0.70	1.10	1.40
Abgepaßte Schleier mit oder ohne Bordüren	0.85	1.35	

Trikotagen

Herren-Unterjacken Mako, kräftig	1.65	2.75
Herren-Unterjacken wollgemischt	3.25	3.90
Herren-Unterjacken Wolle, stark	5.25	6.25
Herren-Westengestrickt, braun od. schwarz, mit Muster	14.00	15.00
Brust- und Rückenwärmer 0.95 1.70 Kameelhaar	3.50	
Leibwärmer Wolle, gestrickt	1.75	2.25 3.00
Kniewärmer Wolle, gestrickt	1.80	3.25
Pulswärmer Wolle	0.65	0.95 1.30
Fußschlüpfer	0.30	0.75 1.35
Kopfschützer Wolle	0.85	1.25 2.40
Kopfschützer Seide	1.25	1.75 2.25
Trikotagen für Herren und Damen in Seide		
Damenwesten ohne Arme!, schwarz	3.25	4.75
Golf-Blusen schwarz oder farbig	7.00	11.75
Golf-Jackets Wolle, farbig	11.25	
Golf-Jackets Kunstseide	18.00	30.00 48.00
Damen-Plaids farbig gemustert	3.25	5.25 9.50
Tailentücher Wolle, weiß oder farbig	3.25	5.00

Blumenzwiebeln

Hyazinthen gute treibfähige Sorten für Gläser	Stück 18 Pf. Dtz. 2.00
Hyazinthen zum Auspflanzen ins freie Land	Stück 8 Pf. Dtz. 90 Pf.
Tulpen und Crokus in 4 Farben 10 Stück 25 Pf. 100 Stück 2.20	
Tulpen (Kaiserkrone) 10 St. 75 Pf. 100 Stück 7.00	
Narcissen gelb und weiß 10 Stück 25 Pf. 100 Stück 2.20	
Scilla sibirica 10 St. 25 Pf. 100 St. 2.20	
Schneeglöckchen einfach 10 Stück 28 Pf. 100 Stück 2.50	
Schneeglöckchen gefüllt 10 Stück 45 Pf. 100 Stück 4.00	
Balkontannen Topf ohne Topf	35 u. 40 Pf. 30 u. 35 Pf.
Erika volle Töpfe, rotblüh., St.	95 Pf. 1.10

Lebensmittel

Schollen (Scharb.) Pfd. 65 Pf. an
Plötzen Pfd. 70 Pf.
Haff-Zander Pfd. 2.80
Geräucherte Aale Pfund von 3.75 an
Bücklinge Stück von 18 Pf. an
Ahlbecker Speck-Flundern Pfd. 2.40
Große geräuch. Holländer Heringe Stück 60 Pf.
Fischbrühwurst Pfd. 2.50
Aal in Gelee Pfd. 1.80 4 Ltr.-Dose 12.50
Gabelbissen Pfd. 3.00 4 Ltr.-Dose 15.25
Saure u. Pfeffergurken St. von 18 Pf. an
Rauchfisch Pfd. 1.95
Weißkohl Pfund 8 Pf.
Wirsingkohl Pfund 14 Pf.
Rotkohl Pfund 18 Pf.

Mohrrüben Pfund 14 Pf.
Kohlrüben Pfund 7 Pf.
Sellerie Knolle 15 25 30 Pf.
Schwarzwurzeln Pfund 40 Pf.
Porree Stück 5 und 2 Stück 15 Pf.
Zitronen Dutzend von 80 Pf. an
Tafeläpfel Pfund 45 50 55 Pf.

Makrelen-Brotaufstrich mit Mehlsatz, mit Boräure konserviert. Pfund 3.50

Aufgepaßt!

In Groß-Berlin gehen Leute um und verbreiten Handzettel, in denen die Parteigenossen aufgefordert werden, die Bezahlung des „Vorwärts“ so lange zu verweigern, bis der „Vorwärts“ wieder aufgehört hat, das Zentralorgan der Partei zu sein.

Es ist lächerlich zu glauben, daß ein anständiger Arbeiter auf diese Aufforderung hincinfallen könnte. Anständige Leute zahlen, was sie verzehren: auch die geistige Kost, die ihnen ihre Zeitung liefert.

Der den „Vorwärts“ zu schädigen sucht, schädigt nicht nur die Partei, sondern im Grunde genommen sein eigenes Interesse als Arbeiter. Denn der „Vorwärts“ ist und bleibt das einzige Blatt in Berlin, das dem Arbeiter nicht nur als Parteigenossen, sondern auch als Gewerkschafter vor der Desfektlichkeit zu Wort kommen läßt.

Der den „Vorwärts“ nicht bezahlt, dem kann er nicht weitergeliefert werden. Der Verlag hat das bereits am Dienstag erklärt. Er kann sich auf keinen anderen Standpunkt stellen.

Wenn auf diesen Handzetteln den Arbeitern geraten wird, kein bürgerliches Blatt zu bestellen, sondern ein anderes auswärtiges Parteiblatt, so ist dieser Rat für die Massen praktisch ohne jede Bedeutung. Einzelne, denen es gleich ist, ob sie das, was in der Welt vorgeht, ein paar Tage früher oder später erfahren, mögen mit einem auswärtigen Blatt zufrieden sein. Im allgemeinen kann der Berliner Arbeiter nicht ohne Berliner Blatt sein. In der jetzigen Kriegszeit weniger denn je. Die Ausgabe der zum verkappten Boykott auffordernden Handzettel treibt also praktisch die bürgerlichen Presse die Leser zu. Eine solche Handlungsweise ist ein Hohn auf alle sozialdemokratischen Traditionen. Sie zeigt, wohin die Reise geht.

Arbeiter! Parteigenossen! Seid auf der Hut. Laßt Euch nicht gegen Euer eigenes Interesse mißbrauchen!

Halte den „Vorwärts“! Werbt neue Abonnenten für den „Vorwärts“!

Der „Vorwärts“ ist das Zentralorgan der Partei und das einzige sozialdemokratische Blatt in Groß-Berlin!

Wilson

über Kriegs- und Friedensfragen

New York, 27. Oktober. (Zuspruch des Vertreters von B. L. W. Verspätet eingetroffen.) In einer Rede in Cincinnati, die sich fast ausschließlich mit den Beziehungen Amerikas zu der übrigen Welt nach dem Kriege beschäftigte und für die Welt bei den Tausenden von Zuhörern hervorrief, sagte Wilson: Die Besorgnisse des Handels vor einer Ueberflutung mit billiger ausländischer Waren gründen sich auf völlige Unkenntnis; und sollte dies selbst eintreten, so würde die Nation bereit sein, dem zu begegnen. Wilson fuhr fort: Wir sollten uns jenen Völkern nicht in Feindschaft, sondern mit Sympathie zuwenden. Wir sollten uns vor Augen halten, daß sie nach dieser Erschöpfung uns brauchen werden, und daß wir sie nicht zu fürchten brauchen. Ich würde mich eines jeden Amerikaners schämen, der diese in der Natur der physischen Kraft Europas mit Befriedigung betrachten würde. Die ganze Nerv- und Körperkraft dieser Nationen wird eine — ich weiß nicht wie lange — Zeit des Wiederaufbaues brauchen, bis sie wieder hergestellt ist. Niemand mit einem Herzen im Leibe kann das mit Befriedigung mit ansehen und sagen: Das ist die Gelegenheit für Amerika, womit er meint, die Gelegenheit für Amerika, Augen daraus für sich zu ziehen. Es wird eine Gelegenheit für Amerika sein, aber eine Gelegenheit zu etwas sehr viel Größerem. Man bedenke die Lage der Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten haben in den letzten zwei Jahren eine Belebung ihrer Industrie erfahren, wie sie nie vorher erlebt worden ist, und wenn man sich einbildet, daß dies dem Handel zuzuschreiben ist, der durch den Krieg grobgezogen worden ist, so läßt man die Tatsachen aus den Augen.

Wenn man sich die Ziffern unseres Binnenhandels und unseres auswärtigen Handels vergegenwärtigt, so wird man finden, daß unser auswärtiger Handel, selbst bei bescheidenstem Ansatze der Ziffern für unseren Binnenhandel, nicht einmal 4 Proz. des ganzen Handels ausmacht. Und die Ausfuhr von Munition, und zwar nicht allein von Munition, sondern alles dessen, was zur Versorgung von Heeren gehört, wie Jagdtiere, Automobile, Gaspanne und Lebensmittel, die unmittelbar dem Heeresbedürfnisse dienen sollen, ferner Stiefel, Kleidungsstücke, also alles dessen, was für ein Heer gebraucht wird, die Ausfuhr aller dieser Dinge zusammengenommen beträgt nicht 1 Proz. unseres ganzen Handels.

Es ist nun vernünftig, anzunehmen, daß die 4 Proz. die übrigen 96 Proz. hervorbringen?

Darauf kommt es vielmehr an: Amerika muß zeigen, daß es als Glied der Völkergemeinschaft den anderen Nationen gegenüber dieselbe Haltung einnimmt, die es wünscht, daß die Glieder seines eigenen Volkes zu einander einnehmen. Amerika muß zeigen, daß es bereit ist, nicht nur seinen moralischen Einfluß, sondern auch seine physische Kraft zur Verfügung zu stellen, wenn andere Nationen mit ihm zusammen dafür sorgen wollen, daß keine Nation und keine Gruppe von Nationen versucht, eine andere Nation oder eine andere Gruppe von Nationen auszunutzen, und daß das einzige, wofür gekämpft worden ist, die allgemeinen Rechte der Menschheit sind.

Viele führen Beschwerden darüber, daß wir nicht jetzt kämpfen, um etwas zu erreichen, nicht etwas Geistiges, nicht irgend ein Recht, nicht irgend etwas, worauf wir stolz sein könnten, sondern was, das wir besitzen und für unseren Handel ausnutzen könnten. Sie beschwerten sich darüber, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht von demselben Geiste befeelt sei, wie die Regierungen anderer Staaten, die die Macht ihrer Heere und Flotten hinter die Unternehmungen in anderen Ländern stellen. Das tun, heißt, sich in das Chaos der miteinander wetteifernden oder einander feindseligen Vorkämpfungen zu stürzen. Hat jemand jemals davon gehört, woraus der gegenwärtige Krieg entstanden ist? Wenn ja, dann wünsche ich, er würde das bekannt geben, denn so weit ich sehe, weiß es niemand. Keine einzelne Tatsache hat den Krieg hervorgerufen, sondern alle Dinge im allgemeinen. In Europa war ein gegenständlicher Argwohn entstanden, wechselseitige Vermutungen waren entstanden über das, was diese oder jene Regierung im Begriff stände, zu tun, eine Verknüpfung von Bündnissen und Verständigungen, ein verwickeltes Gewebe von

Intrigen und Spionage, das mit Sicherheit die ganze Völkergemeinschaft auf jener Seite des Ozeans in seinen Netzen fangt. Nun bedenke man, daß es nach diesem Kriege früher oder später wieder einen solchen Krieg geben könnte, und daß dies der letzte weltumfassende Krieg ist, dem die Vereinigten Staaten fern bleiben könnten. Ich sage das, weil ich glaube, daß es mit dem Neutralitätsvorbehalt (business of neutrality is over), nicht weil ich wünsche, daß es so wäre.

Aber ich meine dies: der Krieg hat jetzt einen Umfang angenommen, der die Stellung der Neutralen früher oder später unerträglich macht. Gerade so wie Neutralität für mich unerträglich wäre, wenn ich in einer Gemeinschaft lebte, in der jeder seine Rechte durch Gewalt schützen müßte, so daß ich mich an meine Nachbarn wenden und ihnen sagen würde: So kann das nicht weiter gehen, wir wollen uns zusammenschließen und dafür sorgen, daß niemand mehr den Frieden stören kann. Das wäre der Anfang der Gesellschaftsbildung. Wir haben noch keine Gesellschaft der Nationen, aber wir müssen zu einer Gesellschaft der Nationen kommen, nicht plötzlich, nicht durch Hartnäckigkeit, nicht durch feindseligen Nachdruck hinter dieser Forderung, sondern durch Hinweis auf die Not der Zeit.

Die Völker der Erde müssen sich zusammenschließen und sagen: Hinfort kann niemand neutral bleiben, wenn es sich um die Störung des Weltfriedens handelt aus einem Anlaß, den die Meinung der Welt nicht anerkennen kann.

Der Weltfriede soll gestört werden, wenn es sich um Grundrechte der Menschheit handelt, aber er sollte nicht gestört werden um irgend einer Sache willen, die ich mir ausdenken könnte. Und Amerika ist dazu da, daß wenigstens in einer Regierung die Grundrechte der Menschheit verlorpert werden. Amerika muß daher als Mitglied der Völkergemeinschaft dazu bereit sein, seine ganze geistige und physische Kraft für die Sicherung dieser Rechte auf dem ganzen Erdenrund in die Waagschale zu werfen.

Während seiner Anwesenheit in Cincinnati wurde Wilson von zahlreichen Juristen: „Wir wollen den Frieden!“ begrüßt.

New York, 27. Oktober. (Zuspruch des Vertreters von B. L. W. Verspätet eingetroffen.) Unter der Ueberschrift „Er hat uns vor dem Kriege bewahrt“, heißt es in einem Leitartikel der „New York World“: Nichts erregt so sehr den Kerger von Hughes, Roosevelt, des republikanischen Nationalkomitees und der Herausgeber der Tagespresse als die Feststellung, daß Wilson uns vor dem Kriege bewahrt hat. Es bedarf keines Plutes für einen Präsidenten, sein Land in einen Krieg zu verwickeln. Es ist der einfachste und sicherste Weg, den ein Präsident einschlagen kann, um seine eigene Wiederwahl zu sichern. Wenn Wilson eine Lage hätte schaffen wollen, in der er eines überwältigenden Sieges im November sicher sein könnte, so hätte er nur die Diplomatie der Vereinigten Staaten dazu zu bringen brauchen, einen Krieg mit Deutschland heraufzubekommen, oder eine der zahlreichen Gelegenheiten wahrzunehmen, die gegen die Regierung zu führen. Witten im Kriege braucht keine Regierung mit Bangen den Wahlen entgegen zu gehen. Die große Katastrophe in Europa ist ein unmittelbares Ergebnis der Art von Diplomatie, die Hughes dem amerikanischen Volke empfiehlt, wenn er Wilson angreift. Wilson hätte die Vereinigten Staaten in fürchterlichem Unglück fällen können und dabei seine Handlungsweise rechtfertigen können als Ausfluß dessen, was Hughes „mutigen und unbezähmbaren Geist“ nennt.

Um Glück für das amerikanische Volk hat er einen Weg gefunden, um die Vereinigten Staaten vor dem Kriege zu bewahren, ohne irgend ein im Völkerrecht anerkanntes Recht preiszugeben. Wenn Hughes überhaupt eine auswärtige Politik hat, so besteht sie in einer Diplomatie, die sich auf den diplomatischen Theorien aufbaut, die Europa in Blut ertränkt und die Wäste der Mannheit auf dem europäischen Festlande hinschlachtet. Das ist eine auswärtige Politik, die keine höhere Aufgabe kennt, als mit dem Säbel zu raseln, um das Prestige zu erhöhen und die das Prestige über alle anderen Menschheitsinteressen stellt.

Frankreich auf dem Weg nach Canossa.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Die Amsterdamer „Lid“ veröffentlicht unter dem Titel „Ist das Trennungsgesetz aufgehoben?“ eine Pariser Korrespondenz des bekannten französischen ultramontanen Publizisten François Veullot. Sie knüpft an ein unlängst im „Journal“ veröffentlichtes Interview mit dem Kardinal Gasparri an, worin dieser auf die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem französischen Staat und der Kurie anspielte. Die „Lanterne“, ein radikales Blatt, das die banalste Sorte der bürgerlichen Feinderei vertritt, schrieb einen Artikel über dieses Interview, der jedoch vom Jenfer als für den Papst beleidigend gestrichen wurde. Die „Lanterne“ veröffentlichte darauf eine Mitteilung, die mit den Worten begann: „Die französische Regierung hat den Papst als neutralen Fürsten angesehen und unieren Artikel verboten, und sie stellte die Frage, ob das Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat noch in Kraft sei?“ Veullot beantwortet sie mit folgenden sehr bemerkenswerten Ausführungen: „Der Griff der Zensur, zugleich mit viel anderen Dingen, beweist, daß im Verhältnis von Kirche und Staat in Frankreich eine wirkliche Veränderung eingetreten ist. Offiziell ist das Trennungsgesetz nicht abgeheft, aber moralisch ist es schwächer geworden. Es besteht kein geistliches Verhältnis zwischen Kirche und Staat, aber Kirche und Staat veröhnen sich mehr und mehr. Das ist eine der Wirkungen der „heiligen Eintracht“. Der Präsident der Republik, der die Parole der „Union sacrée“ der Nation gab, führte so gegen das Werk der Trennung den ersten Hieb. Um Frankreich das Leben zurückzugeben, was es unüberwindlich machen sollte, war es nötig, die religiöse Kraft in der Nation wieder zu ihrem Recht kommen zu lassen. Das Trennungsgesetz hatte zwischen den Beamten des Staates und den kirchlichen Behörden jene fortwährend in Verührung und langsam entstandene Annäherung, die mitunter fast offiziell besiegelt wurde. So z. B. gab die Anwesenheit des Präsidenten der Republik bei der Wiedereröffnung der „Sainte Chapelle“ (im Justizpalast. Die Kapelle war säkularisiert gewesen und stand als Sehenswürdigkeit Besuchern offen. D. Red.) einen besonders feierlichen Charakter. Bei der Gedächtnisfeier der Schlacht an der Marne war bei der religiösen Feierlichkeit die Regierung durch einen Staatsminister, Denys Cochin, ausdrücklich vertreten. Und jetzt konnte die Regierung den Papst als neutralen Fürsten behandeln. Dem Trennungsgesetz zufolge ignorierte Frankreich den Papst. Wenn sich jetzt das Blatt der fanatischen Antiklerikalen so zornig zeigt, so darum, weil dieses Eingreifen der Zensur eine tiefe Bedeutung hat. Es ist eine deutliche Antwort auf die Worte des Kardinals Gasparri. Nach einem Lob Frankreichs, das Se. Eminenz kennen und lieben gelernt hat, und seiner Priester, die die

„Neuerkaufe“ empfangen haben, sprach der Kardinal über die Annäherung auf religiösem Gebiet („religiöse Vereinigungspolitik“), die jetzt in Frankreich herrsche, und er zweifelte nicht, „daß wir noch zur vollkommenen Versöhnung gelangen werden“. — Veullot meint schließlich, die Frucht sei noch nicht reif, aber man dürfe nicht bloß Hoffnung, sondern Erwartung hegen.

Der Artikel Veullots bestätigt, daß die französische Bourgeoisie auf dem Weg ist, ihren Frieden mit der Kirche zu machen. Es ist kein Zufall, daß dem Mann, der das Schlagwort von der „Beruhigungspolitik“ ausgegeben hat, Aristide Briand, jetzt die Huldigungen von konservativer Seite noch freigebiger als früher dargebracht werden. Er ist weit mehr als der trotzig, hochmütige und unpopuläre Poincaré, dessen Erbschaft er deutlich genug anstrebt, dazu geschaffen, Frankreich auf saure Weise aus den Schlingen der „weltlichen Demokratie“ zu lösen. Poincaré bleibt vor dem Land einer der Staatsmänner, die den europäischen Konflikt vorbereitet haben. Briand wird — so hofft man wenigstens — der Friedensbringer sein. Die französische Bourgeoisie hat aber auch sehr mächtige und dringende Gründe, die verschiedenen Autoritäten, die die bestehende gesellschaftliche Ordnung stützen, auf ihre Seite zu bringen und zu kräftigen. Der Weltkrieg wird durch die wirtschaftlichen Erschütterungen, die er für Frankreich im Gefolge hat, dort in das Verhältnis der Klassen revolutionär eingreifen. Der ungeheure Menschenverlust macht die Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes im bisherigen Umfange unmöglich; die Abgabe von Milliarden fremder Effekten nach dem Auslande und das Anschwellen der inneren Anleihen läßt den Schein der Neutralität verschwinden, von dem die Rentnermasse im Kampf zwischen dem Kapitalismus und dem Proletariat profitieren konnte, und die Rolle des Staats selbst als Zinskassierer der Bourgeoisie wird deutlicher. Es ist kein Wunder, daß sich in dieser Situation so viel Arme nach Briand aufstellen, dem Mann, der dem bürgerlichen Frankreich durch die Niederschlagung des Eisenbahnerstreiks seine Energie und den Konservativen bei der Unterminierung des radikalen Regimes seine Schlantheit und tatenhafte Geschmeidigkeit gezeigt hat. Schon vor Jahren hat Clemenceau, der anjüngliche Wendungen liebt, gesagt: „Briand führt uns nach Canossa, im Wagen und bei heruntergelassenen Vorhängen“. Heute ist ein Zipfel des Vorhangs schon gelüftet. Es gibt allerdings Leute, die nicht sehen wollen, wohin die Fahrt geht, und die sogar dem Proletariat die „heilige Eintracht“, von deren Wirkungen und Nutzen der Reaktor Veullot so offen spricht, als die weiseste und sicherste Grundlegung einer modernen, zum Sozialismus führenden demokratischen Politik ans Herz legen.

Politische Uebersicht.

Aus den Reichstagsausschüssen.

Der Ausschuß des Reichstages für Handel und Gewerbe hat am Dienstag den nationalliberalen Antrag angenommen, die Verbündeten Regierungen zu eruchen, zum Zweck der Unterstüzung und Förderung der Leipziger Messe eine Million Mark aus Reichsmitteln in den Etat einzustellen. Hierauf wandte sich die Beratung der Uebergangswirtschaft zu.

Im Hauptausschuß des Reichstages erklärte auf Veranlassungen von konservativer Seite wegen Gefährdung der Wirtschaft durch Herabsetzung der Viehpreise Präsident von Vatscki, diese sei erst für die Zeit nach der Winterperiode in Aussicht genommen.

Bei Erörterung von mit der Central-Einkaufsgesellschaft zusammenhängenden Fragen äußerte Unterstaatssekretär Freiherr v. Stein sich über den früheren Geschäftsverlebe mit Rumänien, der im Interesse des Reiches so lange als möglich aufrecht erhalten worden sei, und beantwortete Fragen über den Geschäftsbetrieb überhaupt. Bei Fragen der Federbergsorgung erklärte ein Vertreter des Kriegsministeriums, die Beschlagsnahme der Lederabfälle werde wohl angeordnet werden; die Beschlagsnahme von Haib- und Ziegenfellen siehe bevor.

Der Ausschuß für Schutzhaft und Zensur.

Der Ausschuß des Reichstages, dem die Anträge über Schutzhaft, Zensur und Belagerungszustand überwiesen worden sind, tritt heute, Donnerstag, vormittags 10 Uhr, zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die das „Berl. Tagebl.“ hört, will er den Versuch machen, seine Aufgabe unter allen Umständen noch vor der Vertagung zu erledigen, die dann allerdings nicht schon an diesem Sonnabend erfolgen könnte.

Der dritte Brief Zepplins.

Der alteutsche Gattator und Aittergutsbesitzer Freiherr v. v. Sodelschwingh hat, wie die „Berliner Neuesten Nachrichten“ melden, an den Staatssekretär Dr. Hefferich einen Brief gerichtet, der in seinem wesentlichen Inhalt lautet:

„Ich hatte gestern von der Sitzung des Reichstages aus Gelegenheit, Euer Excellenz Worte über den Fall Zepellin zu hören. Da Euer Excellenz trotz Ihres Amtes als Stellvertreter des Reichskanzlers anscheinend nicht darüber unterrichtet sind, durch welche Mittel zwei Untergebene des Herrn Reichskanzlers den Grafen zur Unterzeichnung des Briefes bestimmt haben, so gestatte ich mir zu sagen: Gewiß ist der Mann, den Seine Majestät der Kaiser als einen der größten Deutschen gefeiert hat, Manns genug, um seine eigene Meinung auszusprechen und sich nicht eine andere Meinung aufdrängen zu lassen. Aber im vorliegenden Falle hat er unter einem feilischen Zwange gehandelt, der unter sklavener Spekulation auf die Empfindungen des Monarchisten, des Soldaten und des Edelmannes auf ihn ausgeübt worden ist.“

Ich gestatte mir ergebnis hinzuzufügen: Wo solche Mittel angewendet werden, da muß doch der Glaube an die Stichhaltigkeit der für die eigene Haltung maßgebenden Gründe ein sehr schwacher sein.

Dem Herrn Reichskanzler lasse ich Abschrift dieses Schreibens zugehen und behalte mir seine Veröffentlichung vor.“ Die Regierung wird nicht umhin können, sich zu den in diesem Briefe erhobenen Beschuldigungen zu äußern.

Die Zehnsucht nach der amtlichen Wahlhilfe.

Zur Reichstagswahl in Döbich-Grinma veröffentlicht die „Unabhängige Nationalkorrespondenz“ folgende Zuschrift:

Ein Bedauern darüber, daß die Sozialdemokratie in Döbich-Grinma den Burgfrieden bricht und mit einer eigenen Kandidatur hervortritt, ist gar nicht am Plage. Im Gegenteil: es ist erfreulich, daß durch das Verhalten der Sozialdemokratie selbst eine Klärung der Sachlage ermöglicht wird,

und daß den bürgerlichen Parteien nunmehr in allen den Fällen, in denen sozialdemokratisch vertretene Wahlkreise frei werden, auch ihrerseits der Eintritt in den Wahlkampf möglich gemacht wird. Um das Schicksal von Dösch-Grinma braucht man gar nicht bange zu sein. Die Wähler dort werden sich schon bewußt sein, daß es eine Art Abdankung jedes deutschen Zukunftsgedankens bedeutet, wenn der internationale Kandidatbewerber auch nur annähernd so viel Stimmen erhalten würde, wie der Kandidat, der die vaterländische Sache vertritt. Jede unmittelbare oder mittelbare Begünstigung eines Kandidaten vom Schlege der Gaase, Ledebour und Liebmacht wäre ein Verrat an denen, die draußen für das Vaterland unter den Fahnen stehen. Nach Lage der Dinge möchte man eigentlich erwarten, daß in einem Wahlkampf, der kein Parteikampf ist, sondern der zwischen vaterländischen Interessen und solchen Interessen ausgefochten wird, die bewußt im schärfsten Gegensatz zu den notwendigen Voraussetzungen der Selbsterhaltung des Staates stehen, auch von den leitenden Persönlichkeiten der Reichsregierung Stellung genommen wird! Nicht als ob wir eine Art amtliche Wahlbeeinflussung wünschten! Ganz im Gegenteil! Dr. Wildgrube wird das Kennen schon machen! Dapen sind wir fest überzeugt. Aber Farbe bezeichnen ist hier eigentlich für viele am Plage, nachdem „Berliner Tageblatt“ und „Frankfurter Zeitung“ bereits in dem Sinne Farbe bekannt haben, daß sie lieber die Wahl des kriegskreditverweigernden Lipinski als die des bürgerlichen Kandidaten sähen. Bei den intimen Beziehungen dieser Organe zur Reichsregierung wäre es unseres Erachtens gut, wenn sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ einmal äußerte!

Also „amtliche Wahlbeeinflussung“ wird von konservativer Seite nicht gewünscht. „Ganz im Gegenteil!“ Aber die leitenden Persönlichkeiten der Reichsregierung sollen zu der Wahl „Stellung nehmen“. Weshalb in aller Welt, wenn man um das Schicksal von Dösch-Grinma „gar nicht bange zu sein“ braucht und der konservative Kandidat Dr. Wildgrube „das Kennen schon machen“ wird? Oder ist den Herren Wahlmachern ohne „amtliche Wahlbeeinflussung“ doch nicht so wohl zumute, wie sie in den obigen Ausführungen glauben zu machen suchen?

Der Bundesratsauschuss für auswärtige Angelegenheiten.

Berlin, 1. November. (B. Z. N.) Am 30. und 31. Oktober tagte, wie schon wiederholt während des Krieges, unter dem Vorsitz des bayerischen Staatsministers Dr. Grafen v. Hertling im Reichskanzlerpalast der Bundesratsauschuss für auswärtige Angelegenheiten. Der Reichskanzler machte auch diesmal dem Ausschuss eingehende Mitteilungen über die gesamte militärische und politische Lage.

Eine neue Rede Bethmanns.

Wie verlautet, beabsichtigt der Reichskanzler in der Freitagssitzung des Reichstages das Wort zu nehmen, um die Kriegspolitik der Regierung in der gegebenen Situation noch einmal ausführlich darzulegen.

Mecklenburg und die Neuorientierung.

Um die Meinung der mecklenburgischen Staatsmänner darüber zu erkunden, wie sie sich zu der Frage der Neuorientierung nach dem Kriege stellen, hat der Ausschuss der Fortschrittspartei in Mecklenburg ein Schreiben an die Landesregierungen gerichtet. Man hat um die Erklärung, daß in den beiden Mecklenburg eine wahrhaft vollständige Verfassung eingeführt werde. Die Regierung in Schwerin hat abgelehnt, die Regierung in Stralsund hat gar nicht geantwortet. Die fortschrittliche Landesorganisation hat es nunmehr auf einer Tagung in Güstrow mit folgender Resolution versucht:

Der gewaltige Kämpferkrieg Deutschlands sieht alle Volksteile ohne Rücksicht auf Stand, Bildung, Geschlecht und Partei zu gemeinsamer vaterländischer Arbeit vereint. Die Folge dieses Erlebens muß eine völlige Umgestaltung der innerpolitischen Verhältnisse auf der Grundlage staatsbürgerlicher Gleichberechtigung sein. Die vom Reichskanzler verheißene Neuorientierung darf sich aber nicht auf das Reich beschränken, sondern muß auch Mecklenburg aus den Fesseln der veralteten ständischen Herrschaft befreien. Es gilt, den mecklenburgischen Verfassungsstaat in wahrhaft volkstümlicher Gestalt zu schaffen. Der liberale Wahlverein beider Mecklenburg gibt seinem tiefsten Bedauern Ausdruck, daß die mecklenburgischen Regierungen nicht, wie es in Preußen und Braunschweig geschehen ist, in dieser Schicksalszeit den freien Willen zu innerer Neugestaltung bekundet haben. Er erwartet, daß dem mecklenburgischen Volke alsbald nach Friedensschluß die Rechte in Staat und Gemeinde zuteil werden, auf die es nach seiner Verfassung in Vergangenheit und Gegenwart vollen Anspruch hat.

Nach den seither gemachten Erfahrungen wird diese Resolution auf die Lenker der mecklenburgischen Staaten wenig Eindruck machen.

Der Sparzwang.

Affessor Dr. Brodmann tritt in den konservativen „Grenzboten“ dafür ein, daß nach dem Kriege der Sparzwang gesetzlich durchgeführt wird. Der Verfasser muß zwar zugeben, daß die Verläufe, die in großen industriellen Unternehmungen mit dem Sparzwang gemacht worden sind, kein günstiges Resultat ergeben haben. Die Arbeiter sind einfach weggeblieben und haben solche Betriebe aufgegeben, in denen sie ihren vollen verdienten Lohn auch tatsächlich ausgezahlt bekommen haben. Deshalb ist Affessor Brodmann der Meinung, daß hier nur das Reich mit einem Gesetz helfen kann. Seiner Auffassung nach müßten dem Sparzwang unterworfen werden alle Invalidenversicherungspflichtigen, wobei die Lohngrenze, die für den Sparzwang maßgebend wäre, von 2000 auf 5000 M. zu erhöhen sei. Die Erhebung der Sparbeiträge denkt er sich so, daß sie vom Arbeitgeber vom Lohn einbehalten und durch Markentreiben auf besondere Spararten entrichtet werden müßten. Die Verwaltung der Gelder wäre den Versicherungsanstalten zu übertragen. Einige Schwierigkeit würde allerdings die Festsetzung der Höhe des Sparbeitrags mit sich bringen, weil die Verhältnisse in den einzelnen Gebieten grundverschieden sind. Lieber das Spargut haben dürfte der Sparer jedoch nicht frei verfügen, sondern müßte, wenn er Geld haben will, sich an einen Verwaltungsausschuss wenden, der den Grund nachzuweisen hat. Der Verfasser führt u. a. an, daß, wenn jemand sich von seinem Spargut haben ein Haus bauen will, dann der Verwaltungsausschuss zu prüfen hätte, ob der Bau auch wirtschaftlich zu rechtfertigen sei. Schließlich wird die Frage unterzucht, ob die Arbeiter überhaupt sparen können, und diese Frage wird ohne weiteres bejaht. Begründet wird diese Bejahung damit, daß die Löhne härter angezogen haben als die Preise der Lebensunterhaltsgüter. Damit stehe im Einklang die Ercheinung zunehmender Verschwendung und Verschwendungssucht und vor allem die Tatsache, daß die Arbeiter und Angestellten nicht unerhebliche Beiträge zu ihren Berufsorganisationen leisten.

Der Verfasser scheint in einer ganz anderen Welt zu leben, sonst könnte er nicht die Behauptung aufstellen, daß die Steigerung der Löhne und Gehälter gleichen Schritt mit der Steigerung der Lebensmittelpreise gehalten habe. Schließlich würde der Sparzwang darauf hinauslaufen, daß der Arbeiter nicht mehr das Recht hat, über sein sauer verdientes Geld nach eigenem Gutdünken zu verfügen. Nicht für die Angehörigen der besseren Kreise wird der Sparzwang gewünscht, sondern ausdrücklich nur für jene Kreise der Bevölkerung, die der Invalidenversicherungspflicht unterliegen — also ein direktes wirtschaftliches Ausnahmengesetz für die arbeitende Bevölkerung! Die Vorschläge des Affessors Brodmann haben nach allem höchstens den Wert einer Kuriosität; ernst zu nehmen sind sie auf keinen Fall.

Franz Thun gestorben.

Es ging ihm kein guter Ruf voran, als er 1808 österreichischer Ministerpräsident wurde, nachdem der ewige Verlegenheitsminister, Baron Gontsch, mit Anstand und Freundlichkeit nicht gebessert, was die „eiserne Faust“ des Grafen Radeni verbrochen hatte. Das böhmisches Regieren war noch unvergessen, und mit stärkstem Widerstand sah man dem Neuen entgegen, der es seinerzeit in Böhmen soweit gebracht hatte, daß durch die alte Landstube die Linienfässer flogen. Es lag zu nahe, daß der Graf versucht sollte, „Ordnung zu machen“.

Die hat er nun freilich nicht gemacht. Zuerst erbitterte er die Deutschen, indem er den Jungtschechenführer Dr. Koziz zum Finanzminister nahm, und als sie beide zusammen die Neuerung vollbrachten, das Regieren mit dem § 14 bis zur Dekretierung neuer Steuern zu treiben und das Ailo Jüder gleich um sechs Kreuzer zu verteuern, da brach der Sturm los. Aber Thun „machte Ordnung“; einige Demonstranten wurden erschossen (in Graßlich in Egerland), überall ging Gendarmerie und Militär nach schärfster Instruktion vor. Presse und Versammlungsrecht wurden entsprechend behandelt. Und wenn es einmal wieder mit dem Parlament versucht werden sollte, dann mußte man es bald wieder aufgeben.

Der überlange Graf, mit den grauen Bartfoteletten und dem Monotel geradezu das geborene Modell der Bigblattzeichner, ließ sich nichts anmerken und ging jeden schönen Sommerabend nach „Benedig in Wien“. Die anderen empfanden den Kontrast. Schließlich mußte die Thunsche Ordnung aufhören und Koberers erste Ministerpräsidentschaft begann. Graf Thun kam ins Herrenhaus, wo er als Gegner der Wahlreform wirkte, und wurde dann wieder Statthalter von Böhmen. Vertreter des Feudalabels und Freund der Slawen, kam er in nähere Beziehungen zum Jungtschechenführer Aramars, dem er in seinem Hochverratsprozeß als Entlastungszeuge diente. Das ist aber gewiß nicht das schlechteste, was ihm nachgesagt werden kann.

Das tägliche Brot.

Bestrafte Profitwelt.

Im amtlichen Kreisblatt macht der Landrat des Kreises Altschtein bekannt, daß einer Bestrafte Frau in Griesbienen die ganze Kartoffelernte aus dem Grunde beschlagnahmt worden ist, weil sie von einer städtischen Käuferin höhere Preise verlangt hat, als sie durch die Verordnung festgesetzt sind. Für die beschlagnahmten Kartoffeln ist der Frau ein um 1,50 M. für den Zentner geringerer Preis gezahlt worden, auch muß sie die mit der Bejahung und zwangsweisen Verladung verbundenen Kosten tragen. Da mehrere Bestrafte in Alt-Schöneberg und Zehlendorf sich weigerten, die ihnen zur Lieferung aufgetragenen Kartoffeln herzugeben, so sind ihnen die Kartoffeln unter Hinzuziehung militärischer Hilfe zwangsweise weggenommen worden. Die Leute haben für den Zentner 1,50 M. weniger erhalten und daneben die nicht unerheblichen Kosten der Zwangsentsführung zu tragen.

Die Teuerung in der Schweiz.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Kein Tag ohne Preiserhöhung, kein Tag ohne weitere Verteuerung der Lebenshaltung, möchte man sagen. Die Bauern wissen nachgerade nicht mehr, was sie für ihre Produkte an hohen Preisen fordern sollen. Für die Kartoffeln hat das Schweizerische Volkswirtschaftsdepartement Höchstpreise von 17 Frank per 100 Kilogramm direkt vom Felde oder Hof bezogen, bis zu 25 Centimes das Ailo in Krämerläden festgesetzt. Den Bauern sind diese Preise gegenüber 8 Frank, 8,50 Frank bis 4 Frank per 50 Kilogramm in der Friedenszeit zu wenig und sie halten mit dem Verkauf ihrer Vorräte zurück, bis der Doppelpennner 30 oder gar 50 Frank gilt, wozu es aber hoffentlich nicht kommt. Inwieweit die Bauern jetzt doch verkaufen, stellen sie auf ein solches „Trinkgeld“ ab, daß dadurch der Höchstpreis bedeutend überschritten wird. Der Zentner Kraut Kohl kostete früher 2-3 Frank, heute 9 Frank. Kefel empfiehlt der Lebensmittelverein Zürich zu 25-40 Centimes per Ailo für die verschiedenen Sorten.

Diese Teuerungsverhältnisse kommen auch in der Statistik der Lebenskosten, die die Liga für Verbilligung der Lebenshaltung alle Vierteljahre veröffentlicht, zum Ausdruck. Nach dem Maßstab der bezüglichen Nahrungsmittellisten Richard Calwers betragen die Lebenskosten einer fünfköpfigen Familie (Eltern und drei minderjährige Kinder) auf Grund der preisstatistischen Erhebungen in 296 Konsumvereinen mit 357 995 Mitgliedern im September 1918 1500,48 Fr. gegen 1455,92 Fr. im Juni 1918 und 1048,63 Fr. im Juni 1914. Die Mehrausgaben im September machen gegenüber dem Juni für das ganze Jahr 44,56 Fr. oder 3,1 Proz. gegenüber dem Juni 1914 456,55 Fr. oder 43,8 Proz. aus. Da im gleichen Verhältnis Lohn erhöhungen oder Teuerungszulagen den Arbeitern nicht bewilligt wurden, so folgt daraus Einschränkung und Verschlechterung der Ernährung, die gleichbedeutend mit der Zerstörung der Volksgesundheit sind.

Von den verschiedenen Landgegenden blieben zahlreiche Kantone unter dem schweizerischen Durchschnitt von 1500,48 Fr., mit dem Minimum von 1454,90 Fr. die Uri, während die Rinderzahl, 10 Kantone, darüber hinausgehen, mit dem Maximum von 1671,78 Fr. der Kanton Graubünden.

So macht die Landwirtschaft ihre Gewinne, während die Arbeiterschaft und mit ihr weitere minderbemittelte bürgerliche Kreise ärmer werden.

Volksgesundheit und kommunale Kriegsfürsorge.

Nach dem allen Erfahrungsjahr, daß zwischen Krankheit und sozialer Lage innige Wechselwirkungen bestehen, müßte man während des Krieges eine Zunahme der Krankheiten sowohl als auch der Todesfälle erwarten. Tatsächlich ist — wir sprechen hier natürlich nur von der Zivilbevölkerung — das Gegenteil der Fall. Aber man darf sich durch die Ergebnisse der Statistik, die nur allzu oft zu Schönfärbereien mißbraucht werden, nicht täuschen lassen. Betrachtet man die Dinge nicht oberflächlich, sondern bemüht man sich, in der Tiefe zu schürfen, so gewinnt man ein wesentlich anderes Bild und kommt der Wirklichkeit näher.

Beginnen wir mit der Säuglingssterblichkeit. So läßt sich nicht bestreiten, daß die statistischen Ergebnisse einer Reihe von Großstädten, in denen früher die Säuglingssterblichkeit besonders hoch war, einen Rückgang aufwiesen. So haben z. B. in Berlin im Dezember 1915 die Sterbefälle von Säuglingen nur 14,1 Proz. aller Sterbefälle ausgemacht, im Dezember 1914 dagegen 17,05 und im Dezember der Friedensjahre 1913 und 1912 sogar 18,60 bzw. 20,60 Proz. Im Zeitraum dieser drei Jahre ist also der Anteil der Säuglingssterblichkeit an der allgemeinen Sterblichkeitsziffer schrittweise um volle 6 Proz. gesunken. Technisch in Köln a. Rh. Hier hat nach Mitteilungen der Stadtverwaltung die Säuglingssterblichkeit im Kriegsjahre 1915 mit 14,76 Proz. ihren bisher niedrigsten Stand erreicht, und es ist auch, soweit sich das heute schon beurteilen läßt, für 1916 ein günstiger Abschluß zu erwarten. Wir sind die letzten, die den segensreichen Einfluß der Reichsmooschenhilfe bestritten wöhlen. Hat doch gerade die Sozialdemokratie von jeher einen Ausbau der Versicherungsgesetzgebung nach dieser Richtung gefordert! Aber andererseits darf man nicht

außer acht lassen, daß schon durch den Rückgang der Geburtenziffer an sich der Einfluß der Säuglingssterblichkeit auf die Gesamtsterblichkeit eine günstige Änderung erfahren hat. Dies Moment wird nur allzu oft — ob absichtlich oder unabsichtlich — beiseite dahingestellt — übersehen, und man gelangt so zu Fehlschlüssen und zu gänzlich schiefen Bildern.

Was den Gesundheitszustand der Schuljugend betrifft, so hat kürzlich eine Notiz des Kriegsernährungsamts ihre Kunde durch die Presse gemacht, wonach die ärztlichen Untersuchungen an verschiedenen Orten des Reichs ergeben haben, daß unsere Kriegsernährung zwar eine Verschiebung der zur Erhaltung und zum weiteren Aufbau des Körpers notwendigen Stoffe, nicht aber eine regelmäßige Minderung derselben herbeigeführt habe. Die geringere Menge einzelner Ernährungsprodukte soll die bessere Ausnutzung dieser und anderer Stoffe augenscheinlich wettgemacht haben. Zum Beweis hierfür stützt sich die Notiz auf die Untersuchungen eines Stadtschularztes in Chemnitz, der an den Kindern, die 1918 die Schule verlassen haben, im Vergleich zu denen, die sie 1914 verließen, sogar ein größeres Gewicht und eine größere Körperlänge festgestellt hat. Ähnliche Beobachtungen sind von einem Bonner und einem Karlsruher Schularzt sowie von einem Würtemberger Bezirksarzt gemacht. Ganz abgesehen davon, daß hier zufällige Verschiebungen in der körperlichen Beanspruchung der unterjünglichen Jahresklassen mitgesprochen können, und weiter abgesehen davon, daß ein Charlottenburger Schularzt über genau die gegenteiligen Beobachtungen berichtet, darf man diesen Ergebnissen keine allzu große Bedeutung beimessen. Vor allem beweisen sie nicht, daß der Ernährungszustand unserer Kinder im Kriege nicht gelitten hat. Man vergesse nicht, daß die Untersuchungen zu Beginn dieses Jahres vorgenommen sind, also zu einer Zeit, wo die Ernährungsverhältnisse wesentlich günstiger waren als heute, denn damals standen die notwendigen Lebensmittel zwar hoch im Preise, aber sie waren doch wenigstens noch zu haben. Hierzu kommen aber noch zwei andere Momente, die man nicht gering veranschlagen darf. Einmal wurde den gesundheitlich schädlichen Folgen der Kriegszeit entgegengewirkt durch eine Vorbeuge für die Beköstigung der Schulkinder in Schulküchen, Kinderkollischen und Horten in einem Umfange, wie wir es in Friedenszeiten nicht gewohnt waren, und zweitens ist gerade in den Großstädten während des Krieges Gelegenheit zu schneller und kostloser Behandlung von Erkrankungen geschaffen worden. Eine solche Gelegenheit führt dazu, wie der Charlottenburger Stadtmedizinalrat Dr. Gottschalk kürzlich in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ betont hat, die Krankheitsfälle schon in den ersten Stadien dem Arzt zuzuführen und seine Hilfe häufiger im Einzelfalle zu beanspruchen. Daß ein solcher Vorgang zahlenmäßig einen wesentlichen Einfluß auf Erkrankungs- und Sterblichkeitsziffer ausübt, dafür hat Gottschalk in den letzten Jahren wiederholt Beweise erbracht, sowohl nach der positiven Seite hin wie nach mehr nach der negativen Seite, Zahlenreihen, aus denen hervorgeht, daß trotz glänzender Ertragsleistungen ärztlicher Kunst und Wissenschaft die Krankheitsverhältnisse unbeeinträchtigt blieben in kulturell tiefstehenden Kreisen, die es nicht gelang, für ärztliche Behandlung zu gewinnen.

Zu falschen Schlüssen gelangt man bei flüchtiger Betrachtung auch durch die Krankentassenstatistik. Nach der „Sozialen Praxis“ war in den ersten drei Monaten nach Kriegsbeginn durch eine Umfrage bei 30 Ortstrankentassen festgestellt worden, daß der Krankenbestand nach niemals so günstig gewesen war wie in diesen drei Monaten. Das überraschende Ergebnis wurde hauptsächlich damit erklärt, daß unter dem Einfluß der allgemeinen seelischen Hochspannung der Einzelne es unterließ, sich um kleiner Beschwerden willen gleich krank zu melden. Die „Soziale Praxis“ schreibt zwar selbst, daß das Bleiben dieser günstigen Erscheinung angesichts der langen Dauer des Krieges nicht zu ermutigen war und daß die Vermutung laut wurde, es sei bei den zunehmenden Ernährungschwierigkeiten mit einem ungünstigen Einfluß auf den Gesundheitszustand zu rechnen, aber andererseits sagt sie, man solle sich doch selbst angesichts dieser Schwierigkeiten vor übertriebenen Befürchtungen hüten. Vor übertriebenen Befürchtungen wissen wir uns völlig frei, wir wollen nicht schwarz in schwarz malen, aber wir wollen auch keine Schönfärberei treiben. Wir wollen lediglich feststellen, was ist, und da ist es nötig, wenn auch heute noch die Krankentassenziffern ein günstiges Bild ergehen, auf die faktisch bekannte Erscheinung hinzuweisen, daß die Verdichtungen in Zeiten, wo sie mit leichter Mühe lösbare Beschäftigung finden, sich nur im äußersten Notfall krank zu melden pflegen. In einer solchen Periode aber befinden wir uns heute, wo infolge der zahlreichen Einberufungen zum Deute ein großer Arbeitermangel herrscht. Deshalb vermögen wir angesichts so abnormer Verhältnisse den Krankentassenstatistiken eine Beweiskraft nicht zuzuerkennen.

Ist nach den bisherigen Beobachtungen auch die Gesundheit der wehrfähigen Männer im großen ganzen auf demselben Stande geblieben wie im Frieden, so weist doch andererseits die Zunahme der Sterblichkeit in den höchsten Altersklassen, namentlich beim weiblichen Geschlecht, schon seit Kriegsbeginn eine Zunahme auf, und zweitens leiden die Frauen der beschloßen-Klassen in den Großstädten sehr unter den heutigen Zuständen. Es sind nicht nur Ernährungschwierigkeiten, nicht nur die Umgestaltung der Ernährungsweise an sich, sondern auch psychische Gründe, die hierbei mitspielen. Die verheiratete Frau und Mutter, schreibt Dr. Ester, wird in den allermeisten Fällen lieber selbst entbehren, als sie für Mann und Kinder die Ernährung einschränkt. Auch hängt gerade die einfache Frau mit einem merkwürdig starrem Eigensinn an ihrem Einzelkochtöpfe, anstatt sich die kräftigere und reichlichere Kost der Massenpeisung zunutze zu machen. Bei den erwerbstätigen Frauen kommt dazu der erschwerende Umstand, daß sie vielfach Kriegsvorteilungen übernommen haben.

Wenn man sich, wie wir es getan haben, bemüht, objektiv und ohne Voreingenommenheit die bis jetzt vorliegenden Ergebnisse ärztlicher Forschung zu würdigen, so drängt sich einem doch die Frage auf, ob diejenigen Maßnahmen, die im Interesse der Volksgesundheit ergriffen sind, ausreichen oder ob es nicht noch weiterer Maßnahmen bedarf. Ohne die Reichsmooschenhilfe zu unterschätzen oder gar sie zu verkleinern, müssen wir doch mit Bedauern feststellen, daß dies der einzige nennenswerte Schritt ist, den das Reich in dieser Richtung unternommen hat. Alles andere hat es den Kommunen überlassen, die zu den ihnen gesetzlich obliegenden Aufgaben auf dem Gebiet der Kriegsfürsorge auch noch zahlreiche freiwillige Leistungen auf sich genommen haben. Wenn wir hören, daß in mehr als einer Großstadt fast die Hälfte aller Einwohner Anspruch auf unentgeltliche ärztliche Behandlungen haben, ohne in der Auswahl des Arztes beschränkt zu sein, wenn wir sehen, daß fast überall Einrichtungen für Säuglinge, vorschulpflichtige Kinder und Schulkinder getroffen sind, um sie körperlich zu kräftigen und vor frühzeitigem Verfall zu bewahren, so wollen wir doch deshalb, weil es sich um Kriegsnotwendigkeiten handelt oder weil andere Gemeinden es an der Erfüllung ihrer sozialen Pflichten haben fehlen lassen, das, was geschehen ist, nicht verkleinern. Im Gegenteil, wir müssen dafür sorgen, daß die Säuglinge nachkommen und vor allem dafür, daß das Gute, was jetzt unter der harten Not des Krieges geschaffen ist, hinübergerettet wird in die Zeit des Friedens. Wir können das um so eher, weil es sich bei all diesen Maßnahmen durchweg um Dinge handelt, die wir unsererseits von jeher gefordert haben, leider vor Ausbruch des Krieges ohne den gewünschten Erfolg.

Aber alle Aufwendungen der Kommunen wären vergeblich, alles würde Stückerbleiben, wenn nicht auch das Reich seine Pflichten erfüllen und neben der Mooschenhilfe eine gut ausgebaute Mutterkassenversicherung einführen und den gesundheitsschädlichen Gefahren der Frauenarbeit entgegenzutreten, vor allem aber für eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung sorgen würde. Nur so können die großen dem Volksganzen drohenden Gefahren abgewendet, die gewaltigen Schäden des Krieges wettgemacht und eine gesunde Generation großgezogen werden.

Die deutschen Gewerkschaften während des Kriegsjahres 1915.

Bei dem großen Einfluß, den die Gewerkschaften auf die Volkswirtschaft ausüben, ist es von großer Bedeutung, inwieweit die Gewerkschaften sich den schweren Kriegsjahren gegenüber bewähren zeigten. Erfreulicherweise liefert nun die soeben veröffentlichte Statistik über die Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1915 den Nachweis, daß trotz der langen Dauer des Krieges die Gewerkschaften auch im zweiten Kriegsjahr ihre Aufgaben erfüllen konnten, obwohl die Einberufungen zum Heeresdienst lähmend auf ihre Tätigkeit einwirkten. Besonders hat sich der Mangel an Funktionären und Vertrauensleuten fühlbar gemacht. Zwar sind während der Kriegszeit Streiks und Ausparierungen nur vereinzelt vorgekommen, die Arbeit für die Organisation und Leitung von wirtschaftlichen Kämpfen war gering. Aber die enorme Steigerung der Lebensmittelpreise, der gegenüber die vor Kriegsausbruch gezahlten Löhne nicht entfernt im Verhältnis standen, machten Lohnsteigerungen zur dringenden Notwendigkeit. Da Streiks nur im äußersten Falle geführt werden sollten, so mußte eine Aufbesserung der Löhne durch Verhandlungen mit den Unternehmern versucht werden. Vielfach haben die Militärbehörden mitgewirkt, einen Ausgleich herbeizuführen.

Aber auch eine Fülle anderer, durch die Kriegszeit erwachsener Aufgaben hatten die Gewerkschaften zu erfüllen. Dazu gehört insbesondere die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer und für die Kriegsbeschädigten. Die Beteiligung der Gewerkschaften an dem Kongreß für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Köln a. Rh. und die Sonderberatungen, die von den Gewerkschaften aller Nahrungen dort abgehalten wurden, beweisen, daß die Organisationen dieses neue Arbeitsgebiet sehr ernst nehmen. Leider ist die Fürsorgeorganisation noch nicht entfernt so ausgebaut, wie es dem Willen der Gewerkschaften entspricht. Nicht alle verantwortlichen Stellen zeigen hier den Gewerkschaften das genügende Entgegenkommen; sie erschweren ihnen oft ihre Tätigkeit. Ebenso liegt es vielfach auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung und der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenfürsorge.

Am 30. Juni hatten die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände ohne die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter 2 482 046 Mitglieder, das Jahr 1915 schließen sie mit einem Bestand von 982 808 Mitgliedern ab. Im Jahresdurchschnitt zählten die Verbände 1914: 1 848 729 männliche und 203 648 weibliche, zusammen 2 052 377 Mitglieder. 1915 dagegen: 947 159 männliche, 172 101 weibliche, zusammen 1 119 260 Mitglieder. Hiernach beziffert sich die seit dem vorigen Jahre eingetretene Mitgliederabnahme auf 906 118 = 44,15 Proz. Der Mitgliederverlust ist leider nicht nur auf die Einberufungen zum Heeresdienst zurückzuführen. Es sind den Verbänden bis zum Schluß des Jahres auch weitere 278 816 = 11,2 Proz. der Mitglieder verloren gegangen, darunter 49 700 weibliche = 20,4 Proz. Mitglieder. Zum Teil handelt es sich bei diesem Verlust um eingezogene Mitglieder, die es versäumten, sich abzumelden und dann wegen restierender Beiträge aus den Listen gestrichen wurden. Eine große Zahl von Zweigvereinen der Verbände ging, durch starken Entzug von Mitgliedern geschwächt und mangels tätiger Kräfte, völlig ein. Es verringerte sich ihre Zahl von 10 980 im Jahre 1914 auf 9868 im Berichtsjahre. Dazu kommt, daß durch die Einberufungen den Gewerkschaften auch ein erheblicher Teil leitender Kräfte, Vertrauensleute, Verwaltungsbeamte entzogen wurde. Vor Kriegsausbruch waren insgesamt 2267 Angestellte, am Schluß des Jahres dagegen nur 1477 tätig. Die Zahl der Angestellten in den Zweigvereinen ging allein von 1908 auf 851, also um 1103 zurück. Obwohl diese Tatsachen den Verlust an Mitgliedern erklären, bleibt er doch bedauerlich, besonders der starke Rückgang an weiblichen Mitgliedern hätte nicht eintreten dürfen gegenüber der vermehrten erwerbsfähigen Tätigkeit der Frauen. Die von der Generalkommission vorgenommenen Quartalshebungen über die Mitgliederbewegung in den Zentralverbänden haben erfreulicherweise ergeben, daß im Laufe des Jahres 1916 bei den weiblichen Mitgliedern wieder eine Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl eingetreten und bei den männlichen Mitgliedern die über die Zahl der Eingezogenen hinausgehende rückläufige Bewegung zum Stillstand gekommen ist.

In gleicher Weise wie die Zentralverbände wurden auch die anderen Gewerkschaftsrichtungen von Mitgliederverlusten betroffen. Der enorme Rückgang der Mitgliederzahl in den Zentralverbänden hat selbstverständlich auch ihre Einnahme an Beiträgen gewaltig vermindert. Während für 1914 noch eine Einnahme von 85 288 896 M. an Beiträgen zu verzeichnen war, fiel sie im Jahre 1915 auf 87 076 202 M. Die Gesamteinnahme ging von 70 871 954 M. auf 41 503 227 M. zurück. Trotzdem konnten die Verbände nicht nur ihre bisherigen Verpflichtungen erfüllen, sondern noch weitere übernehmen. So die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer. Für diese wurden 6 701 940 M. im Jahre 1914 und 8 074 085 M. im Jahre 1915, von Kriegsausbruch bis zum 30. Juni 1916 insgesamt 17 663 759 M. verausgabt. Die sonstigen Ausgaben der Verbände sind fast alle bis auf den für Lohnbewegungen ohne Arbeitslosenstellung gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen, zum Teil sehr erheblich. Für Lohnbewegungen und Streiks wurden 229 413 M. verausgabt. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung ging von 23 718 602 M. im Jahre 1914 auf 3 485 423 M. im Jahre 1915 zurück; die Ausgabe für Krankenunterstützung verringerte sich von 10 765 912 M. auf 2 425 033 M. An Konsumunterstützung wurden 1914: 8 467 391 M. und 1915: 1 824 322 M. verausgabt. Die Zusammenfassung aller Ausgaben für Unterstützungen — ohne die bei Streiks gewährte — ergibt für 1915 die Gesamtsumme von 17 862 340 M., während sie im Jahre 1914: 48 669 426 M. betrug. Insgesamt

berausgaben die Zentralverbände 1915: 34 938 804 M., 1914 dagegen 79 547 272 M. Was kaum zu erwarten war, ist eingetreten: Die Zentralverbände haben im zweiten Kriegsjahr finanziell günstig abgekommen, reichlich die Hälfte ihrer Zahl kann sogar gegenüber dem Jahre 1914 einen Vermögenszuwachs buchen.

Während der Kriegszeit sind, wie die Statistik nachweist, die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände in vollem Umfang leistungsfähig geblieben. Auch ihre innere Festigkeit ist nicht gelockert. Hauptsächlich wird nicht ein drittes Kriegsjahr mit allen seinen Schrecken und Verwüstungen über die Völker verhängt werden. Wohl ist damit zu rechnen, daß auch das von den Gewerkschaften getragen würde, jedoch ist bei längerer Kriegsdauer ihre Widerstandskraft für die Zeit unmittelbar nach Kriegsende abgeschwächt, in der sie am leistungsfähigsten sein müssen. Der Arbeitsmarkt wird dann überfüllt sein und der Kampf gegen die Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse wird dadurch erschwert werden. Dann stehen den Gewerkschaften große Aufgaben bevor. Zwar erwarten wir, daß die aus dem Felde heimkehrenden Gewerkschaftsorganisationen ihren Organisationen gegenüber genau so treu ihre Pflicht erfüllen, wie sie es draußen zum Schutze des Vaterlandes getan haben. In erster Linie haben aber die Dabeingeblichenen dafür zu sorgen, daß unsere Verbände stark gefestigt bleiben, damit auch diese Zeit so überwunden wird, wie die der schweren Kriegsjahre.

Aus einer amerikanischen Munitionsstadt

New York, Anfang September. (Eig. Ber.)

Kaum eine andere amerikanische Stadt hat aus dem Weltkrieg soviel Nutzen gezogen wie die Stadt Bridgeport im Staate Connecticut. Vor dem Kriege war Bridgeport eine Provinzstadt mit stagnierenden Industrien. Heute hat es eine Bevölkerung von über 150 000. Um viele Tausende hat es keine Bevölkerung seit dem Ausbruch des Krieges vermehrt, und täglich noch strömen die Menschen aus allen Teilen des Landes und der Welt nach diesem neuen Dorado. In den Hauptstraßen der Stadt herrscht ein Hellen und Treiben wie in New York. Wie in New York herrscht hier jetzt auch Tag und Nacht ein Geräusch, das einem keine Ruhe gönnt. Es besteht ein großer Mangel an Wohnungen. Die vorhandenen Wohnungen sind überfüllt. Alte Spielstätten, die seit Jahren als baufällige Gebäude leer standen, sind wieder zu Arbeiterwohnungen hergerichtet worden. Die Hausbesitzer erhöhen an jedem Ecken die Mieten und setzen die Mieter ohne viel Federlesen an die frische Luft. Sie wissen, daß schon Tausende Parteien auf die teure Wohnung warten. Gewaltige Fabrikanlagen stehen in die Luft. Kaum ist das untere Stockwerk vollendet, so wird auch schon der Betrieb aufgenommen. Während unten der Arbeiter Munition für die Hände der Zentralmächte herstellt, muß er aufpassen, daß ihn der Bauarbeiter oben nicht eine Eisenstange oder einen Ziegelstein auf den Kopf fallen läßt.

Gelernte Maschinenbauer werden gesucht wie das Gold. Arbeitslose Maschinenbauer sind selten. Die Unternehmer raufen sich um sie, und der eine sucht dem andern seine Arbeiter abspenstig zu machen. Daß die Arbeiter diese Lage der Dinge für sich auszunutzen wissen, versteht sich von selbst. Seit dem Ausbruch des Krieges haben sie ihre Löhne in Bridgeport und Umgebung um fünfzig Prozent erhöht. Tagtäglich erheben die Arbeiter in der einen oder anderen Fabrik neue Ansprüche, Ansprüche, die zum großen Herzen der Unternehmer bzw. läßt werden müssen. Die Aufträge sind eilig der Dollar winkt und mit Streikbrechern wäre nichts anzufangen, selbst wenn man sie bekommen könnte. Schließlich spielen die Lohn-erhöhungen in Anbetracht der riesigen Kriegsgewinne und des Kriegsschwundes keine bedeutende Rolle. Diesen Kriegsschwund macht die ganze Bevölkerung mit. Leute, die nie in einer Metallfabrik waren, bieten sich als Maschinenbauer an, werden eingestellt und drücken sich in dem Gründungsstrudel durch, so gut wie sie es können. Gar mancher Maschinenbauer verdingt sich an zwei Unternehmern. Von beiden bezieht er den Lohn. In der einen Fabrik macht er die Morgenschicht mit; in der andern meldet er sich beim „tusekooper“. Einige sind zwar erlasyt worden, aber viele sollen den Schwind weiter betreiben. Viele Maschinenbauer haben eine eigene Werkstatt hergerichtet, wo sie Leeren und andere Instrumente fabrizieren. In diesem Zusammenhang sei eine Erfahrung mitgeteilt, die schlagend beweist, wie leicht der allmächtige Dollar den Sieg über das menschliche Mitgefühl davonträgt. In der Nähe von Bridgeport lebt eine Oesterreicherin, deren Bruder Arzt im österreichischen Heere ist. In den Briefen des Bruders befinden sich herzerweichende Beschreibungen der Wunden, die die russischen Geschosse den österreichischen Soldaten aufhauen. Während nun die Schwester die ergriffenden Briefe des Bruders liest, arbeitet ihr Sohn im Garten in einer kleinen Werkstatt an Instrumenten, die dazu bestimmt sind, Geschosse für die russischen Heere zu fabrizieren. Er verdient seine 10 bis 20 Dollar den Tag.

Auch die ungelerten Arbeiter erhalten zurzeit in Bridgeport hohe Löhne. Auch sie sind selten und gesucht. Kaum haben sie ein paar Tage in einer Fabrik gearbeitet, so wandern sie auch schon zu einem anderen Unternehmer, der ihnen einen höheren Lohn bezahlt. Aus allen Ländern holt man sie herbei. Scharen von Werbern sind beständig unterwegs, um den Unternehmern die Arbeitskräfte zuzuführen. Die nach Bridgeport fahrenden Züge sind immer gedrängt voll. Da sieht man Werber, die sich eine Kolonne Arbeiter der verschiedensten Klassen zusammengedrückt haben. Weiße, schwarze, gelbe, braune Menschen füllen die Säge. Alle Sprachen werden gesprochen, nur nicht die englische Landessprache. Jeder hat eine Nummer am Hute. Nervös durchstreift der Werber die Eisenbahnwagen, um seine Ware zu zählen, damit ihm auch

keiner von einem anderen Werber an einer Kollektion gekohlen werde. Er verständigt sich mit den angeworbenen „Händen“ durch die Zeichensprache. Im nördlichen Teile der Stadt hat man eine ganze Kolonie portugiesisch sprechender Neger untergebracht, die zu Tausenden mit zwei Frauen und einem zahlreichen Kinderheer in einer großen Baracke hausen. In den gewaltigen Fabriken der Firma Remington erhalten die Arbeiter die besten Löhne. Die Firma ist bei den Unternehmern Bridgeports als der größte Arbeiterräuber verhasht.

Unter den obwaltenden Umständen ist ein Zusammengehen der Unternehmer zur Abwehr gegen die Arbeiter sehr schwer. Etlche Unternehmer haben sich aber dennoch unlängst zu einem Kampfe gegen die Gewerkschaften zusammengeschlossen und einen Schlag geführt, der die gesamte Arbeiterklasse der Vereinigten Staaten im ersten Augenblick verblühte. Vier Firmen haben die Gewerkschaft der Former auf Schadenersatz verklagt und das Eigentum der Gewerkschaftsmittelglieder gerichtlich mit Beschlagnahme belegt, ehe noch ein Urteilspruch erfolgte. Das Vorgehen schien so ungeschicklich und unwahrscheinlich zu sein, daß viele zuerst glaubten, es handle sich nur um einen schlechten Witz. Sie wurden sofort durch das Einschreiten der gerichtlichen Organe, die das Eigentum der Arbeiter, die am 17. Juli in den Streik traten, mit Beschlagnahme belegten und die Führer verhafteten, eines Besseren belehrt. Die Unternehmer berufen sich auf ein Gesetz, das vor 250 Jahren erlassen wurde und gemäß dem englischen Brauche, der in den Neuenglandstaaten beobachtet wird, nie rückgängig gemacht worden ist. Die Gesellschaften sagten, sie seien durch den Streik schwer geschädigt worden und verlangen nun zusammen 200 000 Dollar Schadenersatz. Der Scheriff der Grafschaft Fairfield, in dem Bridgeport liegt, ist instruiert worden, Eigentum der Mitglieder des Lokalverbandes der International Moulders Union of North America bis zur Höhe von 200 000 Dollar mit Beschlagnahme zu belegen und den Organen der American Federation of Labor (Gewerkschaftszentrale) Duffy, den zweiten Vizepräsidenten O'Leary, den Geschäftsführer des Lokalverbandes der Former Poshay und einige zwanzig Former, die in den Streik traten, persönlich haftbar zu halten. Die Führer wurden sofort verhaftet und erst gegen hohe Kaution (Duffy mußte 10 000 Dollar Kaution stellen) wieder freigelassen. Diejenigen, die kein Eigentum besitzen, werden verhaftet. Im Gefängnis müssen sie von den Klägern unterhalten werden. Sie werden das Gefängnis erst wieder verlassen können, wenn sie ihren Bankrott anmelden. Dieses Verfahren, bei Schadenersatzklagen das Eigentum der Beklagten zu beschlagnahmen, kann nur in den Neuenglandstaaten angewendet werden. Galt eine höhere Instanz dieses Verfahren im vorliegenden Falle für richtig und gesetzmäßig, so dürfte in Zukunft ein Streik in einem der industriellen Gebiete der Vereinigten Staaten fast unmöglich sein.

Man wird sich erinnern, daß es auch im Staate Connecticut war, wo das Urteil gegen die Gutmacher von Danbury gefällt wurde, das ein Jahrzehnt lang die Gewerkschaften Amerikas in Erregung hielt. Bei den Gutmachern zu Danbury handelte es sich jedoch nicht um Schadenersatz für die dem Unternehmer aus einem Streik erwachsenen Nachteile, sondern um Schadenersatz wegen des Voplotts, den die Gutmacher über die Firma Loewe u. Co. verhängt hatten. Die Arbeiter wurden auf Grund des Shermanischen Antitrust-Gesetzes zu einer Geldbuße von 250 000 Doll. verurteilt, die schließlich von der American Federation of Labor durch Sammlungen zusammengebracht wurden, aber noch nicht ausbezahlt worden sind. Hier sei daran erinnert, daß einer der Richter, der das Urteil bestätigte, der frühere Oberbundesrichter Hughes war. Dieser Erziehungler ist jetzt republikanischer Präsidentschaftskandidat und wird den deutschsprechenden Arbeitern der Vereinigten Staaten von den deutsch-amerikanischen Politikern wärmstens zur Wahl empfohlen.

Die politischen Folgen ihres Unternehmens werden sich die Kapitalisten Bridgeports wohl kaum gut überlegt haben. Der Schlag, der so kurz vor den Wahlen gefallen ist, hat die Arbeiter Bridgeports gewaltig aufgereizt, und seine politischen Folgen werden sich auch bald im ganzen Lande bemerkbar machen, sobald die Gefährlichkeit dieses neuesten Kampfmittels der amerikanischen Kapitalisten klar erkannt wird. Der schnell wachsenden sozialistischen Partei Bridgeports, deren Führer durchweg Gewerkschaftsbeamten sind, hätten die Unternehmen kein besseres Agitationsmittel geben können.

Gerichtszeitung.

Ueberrächtige Preise.

Ueberrächtige Preissteigerung beim Verkauf von Woll- und Wirtwaren führte gestern den Inhaber des Kaufhauses Carl Wöhme aus Wilmersdorf vor die 1. Strafkammer des Landgerichts III. Infolge solcher Kalkulation hatte der Angekl. auf die genannten Waren einen Aufschlag bis zu 270 Proz. genommen, während nach dem Gutachten des Sachverständigen nur 50-60 Proz. hätten in Anlag gebracht werden dürfen. Das Gericht erkannte auf 5 000 Mark Geldstrafe.

Aus aller Welt.

300 000 Lire ins Meer geworfen.

Dem „Giornale d'Italia“ wird berichtet, daß der Urheber des großen Diebstahles, bei dem in Mailand der Verwaltung der Staatsbahnen 400 000 Lire entwendet wurden, verhaftet werden konnte, daß aber der größte Teil des gestohlenen Geldes endgültig verloren ist. Der Dieb, Carlo Ferrari, hatte die materielle Ausführung der Tat einem Komplizen überlassen, so daß er am Tage des Diebstahls gar nicht in Mailand war. In Besitz des Geldes gelangt, lebte er einige Zeit bei Verwandten und schiffte sich dann nach Amerika

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

Centrum: Albert Schmitt, Köderstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
2. Wahlkreis: S. und SW.: Gustav Schmidt, Bärwalderstr. 42, an der Quellenaufrage. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
3. Wahlkreis: St. Friedrich, Ringstr. 31, Holrecht part. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Marienstr. 36. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr. — Karl Kreller, Petersburgerplatz 4. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
4. Wahlkreis: Südosten: Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
5. Wahlkreis: Leo Rauch, Zimmereckstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
6. Wahlkreis (Moabit): Edomon Roßbach, Wilhelmshagenener Straße 48. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
Wedding: A. Schmitt, Köderstr. 35a, Ecke Wriederstr. Ecken. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
Rosenthaler und Granichenburger Vorstadt: R. Bolgah, Ratifstraße 9. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
Gesundbrunnen: Riffert, Kastanienstr. 6, Laden. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Weichenhagenstr. 22. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
Adlershof: Carl Schwartzlohe, Bismarckstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Alt-Genicke, Falkenberg: Wilhelm Dürre, Friedrichstr. 46.
Hauschulenweg: G. Hornig, Wartenbaler Str. 13, 1.
Hernau, Köntental, Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch: Heinrich Proße, Wäldchenstr. 5, Laden.
Bohndorf: Paul Gensch, Bohndorf, Wensienstraße 15, Paradies.

Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Eichenheimer Str. 1. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
Eichwalde, Schmöckwitz: Oskar Mable, Grünauerstr. 37.
Erkner, Neu-Zittau: F. Vauligt, Rurzeilstr. 10.
Friedersdorf-Petershagen, Eggersdorf: Uffenwasser, Petershagen.
Friedensau, Steglitz, Südende: A. Bernice, Wäldchenstr. 5 in Steglitz. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Bertramann, Friedrichshagen, Röhdenstr. 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal, Rudow: Max Gönigur, Parkstr. 23.
Karlshorst: Hermann Villina, Dönhofstr. 28.
Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehme: Friedrich Baumann, Ludenwalder Straße 5.
Köpenick: Emil Sillie, Ringstr. 8, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
Lichtenberg I, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Siffel, Bartenbergstraße 1 (Laden). Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: H. Rosenstranz, Bau-Draußenstr. 5. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
Rahnsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: G. Seyberg, Rahnisdorf, Bismarckstraße 17.
Maricori, Marienfelde: August Leip, Chausseestr. 29.
Neuenhagen, Hoppegarten: Wolsjelowski, Döhlstraße 14.
Neukölln: W. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr; Neukölln, Brigg: Robt. Sieglriedstraße 28/29. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.

Nieder-Schöneeweide: Wilhelm Hruß, Brückenstr. 10, II.
Nowawes: Carl Erbsberg, Eisenbahnstr. 10.
Ober-Schöneeweide: Alfred Baber, Wilhelmshagenstr. 17, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Rigmann, Wäldchenstr. 30. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
Reinickendorf - Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: R. Gurd, Brodingstr. 56, Laden. Geöffnet von 11-1/2 u. 4 1/2-7 Uhr.
Schenckendorf, Rudow-Wusterhausen: Chr. Gantzig, Dorfstr. 10.
Schöneberg: Wilhelm Baumier, Reiniger Straße 9, im Laden. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
Spandau, Nonnendamm: Schumacher, Breitestr. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Sam Rien, Borsigwalde, Rühnstraße 10. Geöffnet von 11-1/2 u. von 4 1/2-7 Uhr.
Teltow: Lenig, Havelstr. 2.
Tempelhof: Helmchen, Germaniastr. 156.
Treptow: Rob. Gramenz, Metzburgerstraße 41/2, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Weißensee, Heinersdorf: Gust. Rogstab, Berliner Allee 11.
Wilmersdorf, Hainsbeck, Schmarzendorf: Paul Schuber, Wilhelmstraße 27.
Zeuthen, Hiersdorf: Wilh. Schütz, Zeuthen, Pöhlstr. 16.
Zossen: Dr. Raif, Berliner Str. 24.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert. Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.

ein. Schon auf der Ueberfahrt wurde aber seine Zubericht dadurch erschwert, daß ein Ehepaar, mit dem er Reisebekanntschaft angeknüpft hatte, ihm aus dem Storten weisagte, er würde bald ins Gefängnis kommen. Im Hafen von Rio Janeiro liegen sich zwei Herren an Bord bringen, von denen er seinen Namen hörte; nun war Ferrari sicher, erbedet zu sein, eilte in seine Kabine, ergriff seinen Koffer mit dem Gelde und warf alles, Papier und Gold, durch das Klosett in das Meer, alles in allem noch etwa 800 000 Lire. Für die Staatsbahverwaltung ist dieser Ausgang recht unerfreulich; der Djean aber ist in diesen Zeiten an weit kostbarere Nahrung gewöhnt, so daß die 800 000 Lire mehr oder weniger nicht in Betracht kommen.

Ein schweres Straßenbahnunglück ereignete sich am Montag in Breslau, wo beim Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen zahlreiche Personen schwer verletzt wurden. Ein Straßenbahn-Schaffner ist nach einer Operation verstorben. Der Wagenführer, der das Unglück verschuldete, wurde verhaftet.

Untergang eines dänischen Fischerbootes. Die Blätter melden aus Thorshavn auf den Faröern, daß der Fischerkutter „Rutland“ mit 15 Fischern untergegangen ist. Der Kutter war auf der Rückreise von Island mit voller Fischladung zusammen mit anderen Fischerkuttern von einem englischen Kriegsschiff angehalten und mit einer englischen Prisenbesatzung versehen worden, die die Schiffe nach einem englischen Hafen bringen sollte.

Eine großartige elektrische Beleuchtungsanlage. Unter Ausnutzung der gewaltigen Wasserkraft der Niagarafälle ist soeben, wie amerikanische Blätter berichten, eine elektrische Beleuchtungsanlage von bisher kaum erhörter Intensität von amerikanischen Ingenieuren errichtet worden. Die neue Beleuchtungsanlage vermag eine Lichtmenge von rund 50 Millionen Kerzenstrahlen zu liefern. Die Wirkung dieser Flut von Licht ist die vollkommenste Nachahmung der Sonne, die man sich denken kann“, sagte Edison, als er die neue Anlage in Augenchein nahm.

„Der Schein trügt“ — aber!

Der Schein trügt nicht!

Vielmehr können Sie mit ihm aus unserem ganzen außerordentlich reichhaltigen Lager wählen, ohne auf ältere Ware oder höhere Preislagen angewiesen zu sein.

Und da Ihnen bei uns gerade in allerneuester frischer Ware und in niedrigen und allerniedrigsten Preislagen besonders reiche Auswahl zur Verfügung steht

lohnt es sich für Sie in jedem Falle, sich einen Bezugsschein für das von Ihnen Gewünschte zu besorgen!



Rönigstraße 33
 Sonntags Am Bahnhof Alexanderplatz
 geschlossen! **Chausseestraße 113**
 Beim Steffiner Bahnhof

Sozialdemokratischer Wahlverein
 l. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr.
 Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler **Paul Griese** Rangardter Str. 7 am 28. Oktober verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 2. November, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gertraudenstr. 8-9 statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand,** 222/17

Sozialdemokratischer Wahlverein
 Niederharnim.
Bezirk Lichtenberg.
 2. Viertel, 21. Gruppe.
 Am 30. Oktober verstarb unser Mitglied, der Parteigenosse **Bruno Groß** Blumenhalstraße 10 nach langem Krankenlager im Alter von 63 Jahren. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 2. November, nachmittags 1/2 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Die Bezirksleitung,** 14/11

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischlermacher **Hugo Komrau** Rathenower Str. 25 am 29. Oktober gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 2. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Rogbitz aus nach dem Neuen Johannis-Friedhof in Pflanzensee statt. Rege Beteiligung erwartet **126/1 Die Ortsverwaltung.**

H. Esders & Dyckhoff
 BERLIN C. Gertraudenstr. 8-9 Petriplatz
 BERLIN C. Gertraudenstr. 8-9 Petriplatz
 Noch preiswertes Angebot in fertigen **Herbst- und Winter-Ueberziehern**
Herren- und Jünglings-Anzügen
 Joppen, warm gefüttert / Hosen und Westen
 Regen-Mäntel / Kinder-Anzüge u. Ueberzieher
Damen-Kleider und -Mäntel
 Geschäftszeit: 8 1/2-7 1/2 Uhr, Sonntags 12-2 Uhr

Sozialdemokratischer Wahlverein
 l. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
 13. Abt. Bez. 600.
 Am Montag, den 30. Oktober, verstarb unser Genosse, der Uhrmacher **Karl Müller** Jagowstr. 21. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 2. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter
 Filiale Mahlsdorf.
 Am 11. Oktober 1916 unser Mitglied, der Dreher **Robert Dippner** im Alter von 85 Jahren. 124/20 **Ehre seinem Andenken!** **Die Ortsverwaltung.**

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer
 ihrer Angehörigen und ihrer Hinterbliebenen
 Bearbeitet v. Paul Strick Landtagsabgeordneter
Preis 30 Pf.
 Ein unentbehrlicher Ratgeber für Kriegsteilnehmer u. deren Hinterbliebene.
 Inhalt: Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer. Die Versorgung der Mannschaften Kriegsverlorenen Invalidenversicherung von Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen.
Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW. 68, Plindenstr. 3

Dankfagung.
 Für die erwiesene herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters und Schwagers, des Drehers **Paul Sprengel** lagen mir hiermit allen unseren herzlichsten Dank.
Amy Sprengel.
Martha Leidenfrost.
 Berlin, Gatenbeke 20.

Dankfagung.
 Für die Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter lagen allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Kollegen, insbesondere dem Männerchor „Oberrhein“ sowie dem Herrn Dupont für die trostreichen Worte am Sarge der Entschlafenen unseren besten Dank.
 14315 **H. Krause** und Kinder.

Westmann's Trauermagazin
 Größte Auswahl. Billigste Preise.
 L. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)
 L. Gv. Frankfurter Str. 11a (Inabe Andreassstr.)
 Auswahlsendungen sofort.
 Amt Zentrum 2890.
 Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

Süßneraugen
Zußohlenverhärtung
 Ferner Milbung erweist sich abtlicher Einwirkung Reiter „Rosco“. Es gibt Reiterstulmen für singewezelle und schmerzliche Leiden. Seit 25 Jahren bewährt. Dose mit Belegungsblätter Mar. L. - fronte 1,25.
 Otto Reichel, Berlin 48, Altenhofstraße 4.
In Freien Stunden.
 Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Pro Heft 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

haben Sie Fußbeschwerden?
 empfehle nach Maß passende gearbeitete Stützstrümpfen sowie **Bruchbandagen** aller Art, Leibbinden, Stützcorsets usw., Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege.
Pollmann, Sandagist,
 Berlin N, Lothringer Str. 60.
 Lieferant für Krankenkassen.
Karbidlichtlampen.
 Sturmlaternen 4,50, 5,75, 7,50, Karbid billig. Händler Kubitz, Weberstraße 42. 189/1

Die Ausdehnung der Bezugsscheinpflcht.

Am 1. November ist eine bedeutende Erweiterung der Bezugsscheinpflcht in Kraft getreten. Die Freiliste, die bisher noch für Kleidung, Stoffe usw. bestand, hat eine erhebliche Kürzung erfahren. Der Zweck der Maßnahme ist eine weitere Streckung der vorhandenen Vorräte, die auch mit Rücksicht darauf geplant sein dürfte, daß den heimkehrenden Soldaten ermöglicht werden soll, sich bei ihrer Entlassung mit der nötigen Zivilkleidung zu versehen.

Durch die neue Verordnung wird eine bisher noch geltende soziale Ungerechtigkeit wenigstens zum Teil aufgehoben. Bisher konnten bei der für Konfektionswaren gezogenen Preisgrenze vermögende Verbraucher ihren Bedarf ohne Einschränkung decken. Die Preisgrenze, zweise derer die Bezugsscheinpflcht ausübte, ist jetzt aufgehoben. Um die Luxuskonfektion aber nicht allzusehr zu schädigen, da bei Luxuswaren ein Nachweis des Bedarfs immer schwierig sein dürfte, ist für die Beschaffung teurer Kleidungsstücke eine Erleichterung insofern zugelassen, als bei Abgabe gebrauchsfähiger Oberkleidungsstücke Bezugsscheine ohne Prüfung der Notwendigkeit des Bedarfs erhältlich sind. Diese erleichterten Bezugsscheine berechnen zur Entnahme von Kleidungsstücken über eine bestimmte Preisgrenze, und zwar:

Table with 2 columns: Item description and Price. Items include men's and children's clothing, shoes, hats, etc.

übersteigt. Fertige und Maß-Damenoberkleidung, sofern der Kleinhandelspreis

Table with 2 columns: Item description and Price. Items include women's coats, dresses, blouses, etc.

übersteigt. Fertige und Maß-Kinderoberkleidung für das schulpflichtige Alter und fertige Kinderoberkleidung für das Alter bis zu 6 Jahren, sofern der Kleinhandelspreis

Table with 2 columns: Item description and Price. Items include children's coats, dresses, etc.

Derartige Bezugsscheine dürfen jedoch für dieselbe Person bis Ende 1917 nur erteilt werden: bei Herrenoberkleidung bis zu zwei Leberziehern und zwei vollständigen Anzügen; dabei gelten der einzelne Rock (bzw. Jacke), die einzelne Weste und das einzelne Hemd als Teile eines vollständigen Anzuges. Bei Damenoberkleidung bis zu zwei Mänteln, drei Kleidern, zwei Morgenröcken und zwei Wäscheblusen; dabei gelten die einzelne Bluse und der einzelne Kleiderrock als Teile eines Kleides. Bei Mädchen- oder Kinderoberkleidung bis zu zwei Mänteln und drei Kleidern.

Die abgetragene Zivilkleidung soll aufgearbeitet und für die ärmere Bevölkerung verwandt werden. Die besprochene Maßnahme soll einmal einen sonst zu befürchtenden Anstieg der Luxuskonfektion und ferner verhindern, daß zahlungsfähige Personen die für ihre ärmeren Mitbürger bestimmten Kleidungsstücke für sich verwenden.

In allen anderen Fällen muß der Bedarf nachgewiesen werden. Wie das geschehen soll, darüber sind noch besondere Ausführungsbestimmungen zu erwarten. Es ist möglich, daß für die Anfertigung von Bezugsscheinen eine Art Deklaration des Betreffenden über seinen Gardeirobestand verlangt wird.

Die Folgen der Verordnung für das Konfektionsgewerbe dürfte ein bedeutender Rückgang der Produktion sein. Vor allem wird in der Maßbranche weniger Arbeit vorhanden sein, ein Zustand, der wohl zum Teil durch die zahlreichen Entlassungen von Arbeitskräften ausgedrückt wird, da bekanntlich in der Konfektion die Frauennarbeit eine große Rolle spielt. Die Konfektionsarbeiter sind auch deswegen schmerzhaft daran, weil abgesehen von den mangelnden Stoffen und Präparaten die Großlisten, seitdem sie von den neuen erweiterten Bestimmungen gehört haben (diese wurden schon seit mehreren Wochen bestimmt erwartet) überhaupt keine Ware mehr in Arbeit geben.

Von den hauptsächlichsten Bestimmungen der neuen Verordnung sind noch zu erwähnen:

Von jetzt ab sind unter anderem bezugscheinpflichtig: Seidenplattierte Strümpfe, Steppdecken, alle Kleider- und Schürzenstoffe, mit den unten angegebenen Ausnahmen, die gesamte fertige Herren-, Damen- und Kinder-garderobe und Maßhüteerei, die gesamte Damen- und Herrenwäsche mit Ausnahme von Stragen, Manschetten, Vorstücken und Einsätzen, die Säuglingswäsche, Wäschestoffe, alle Taschentücher mit Ausnahme der mindestens zu einem Drittel der Fläche aus Spitzen bestehenden, die getragenen Kleidungsstücke.

Dagegen werden bezugscheinfrei unter anderem: Velvets, baumwollene Schärpenstoffe, baumwollene gewebte oder gewirte Spitzenstoffe, baumwollene glatt oder gemusterte, gewebte undichte Kleiderstoffe und baumwollene bedruckte undichte Kleiderstoffe, sowie alle ausschließlich aus den vorgenannten Stoffen hergestellte Gegenstände; ferner imitierte Pelzgarmenturen aus baumwollenem oder wollenem Wusch, Krämmer oder Astrachan. Alle Gegenstände, deren Kleinhandelspreis nicht mehr als 1 M. für das Stück beträgt, mit Ausnahme von Strümpfen, Handschuhen, Taschentüchern und Scheuertüchern; Stoffe: nur bis zu Längen von 30 Zentimetern, sofern der Kleinhandelspreis nicht mehr als 1 M. beträgt; in beiden Fällen, darf zu gleicher Zeit an dieselbe Person nicht mehr als 1. Stück derselben Ware veräußert werden.

Aus Groß-Berlin.

Arbeitslöhne in Berlin.

Ueber fabelhaft hohe Löhne der Arbeiter in der jetzigen Kriegszeit kursieren namentlich in Kreisen, die nicht zur Arbeiterschaft gehören, die wildesten Gerüchte. Wie sehr hierbei Ausnahmen als Regel hingestellt werden, ist dem Kenner der Verhältnisse bekannt. Der Geschäftsbericht des Zentralvereins für Arbeitsnachweis in Berlin für die Zeit vom 1. April 1915 bis 31. März 1916 erbringt jetzt aber auch den ziffernmäßigen Beweis, daß den Tatsachen hierbei vielfach Gewalt angetan wird. Die Angaben über die nachstehenden Lohnsätze wurden bei der Arbeitsvermittlung gemacht. Danach beliefen sich die Wochenlöhne für die jugendlichen Arbeiter im Jahre 1914/15 auf 17 M., gegenüber 11 M. im Friedensjahre; sie stiegen weiter im Jahre 1915/16 um 60 vom Hundert auf 28 M. Es stehen aber 12 880 Jugendlichen, die 18 M. wöchentlich und darüber verdienen, 8530 Jugendlichen gegenüber, die unter 18 M., nämlich 11—18 M. verdienen. Auch die Löhne der älteren ungelerten Arbeiter sind gestiegen. Während im Jahre 1914/15 die üblichen Wochenlöhne meist 22—25 M. betragen, stiegen sie in der Berichtszeit auf 28—30 M. Aber auch hier stehen 34 757 Arbeitern, die 30 M. und darüber verdienen, 14 926 gegenüber, die einen Wochenverdienst von nur 19—30 M. erzielen. Berücksichtigt man den starken Mangel an männlichen Arbeitskräften, der sich jetzt während der Kriegszeit bemerkbar macht, so ist die Lohnsteigerung wohl erklärlich. Die Lohnhöhe aber bietet bei weitem keinen Ausgleich zu den riesig gestiegenen Ausgaben für Lebensmittel, Bekleidung, Heizung und Steuern. Dazu kommt, daß der jetzt noch in der Industrie Beschäftigte erhöhte Verpflichtungen gegenüber dem Unterhalt von Verwandten hat, oder doch zum mindesten besondere Zuwendungen zu machen verpflichtet ist. Der Jugendliche muß vielfach, wenn der Vater zum Heeresdienst eingezogen ist, zum Unterhalt der Mutter und der jüngeren Geschwister beitragen. Der Vater muß, wenn er nicht Heeresdienste leistet, dem beim Militär dienenden Sohn — oder den Söhnen — Zuwendungen machen; er trägt wohl auch zur Unterstützung der Enkelkinder und der Schwiegereltern bei, da von den geringen Kriegszuwendungen der Lebensunterhalt nicht zu bestreiten ist. Nebenfalls sind die Arbeiter nicht diejenigen, die durch den Krieg Reichtümer sammeln.

Wie absolut notwendig erhöhte Löhne jetzt in der Kriegszeit zur Bestreitung der täglichen Nahrung und Notdurft sind, zeigt auch eine Berliner Statistik über den Sparzwang der Jugendlichen. Von 32 000 Jugendlichen, die dem Sparzwang unterstellt sind, haben 11 000, also über ein Drittel, Anträge auf Rückzahlungen gestellt. Ohne Not ist das nicht geschehen. Und wenn die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ diese Kriegsmahnahme schon als eine dauernde Einrichtung in die Friedenszeit hinübergerettet sieht, so ist sie, wie immer, mit dem Arbeiterleben sehr wenig vertraut. Auch nach dieser Statistik, die auf Grund der Rückzahlungsgesuche aufgenommen wurde, betrug der Wochendurchschnittsverdienst der Jugendlichen 30 M., wöchentlich keine Summe, mit der der einzelne Mensch jetzt kederlich leben, geschweige denn erhöhten Verpflichtungen nachkommen kann.

Gegen den Staffeltarif.

Aus dem Rathaus wird berichtet: In den Erörterungen über die Tarifserhöhung bei der Großen Berliner Straßenbahn oder den Erwerb dieses Unternehmens durch den Zweckverband wird verurteilt, die Interessen Berlins in einem Gegensatz zu bringen zu denen der übrigen Teile Groß-Berlins, indem man die Annahme erweckt, als ob der Stadt Berlin daran gelegen sei, den für das Jahr 1920 zugetheilten Staffeltarif tatsächlich eingeführt zu sehen.

Demgegenüber sind wir in der Lage zu erklären, daß die Berliner Vertreter in der Zweckverbandssammlung Hand in Hand mit denen der Vororte dafür eintreten werden, daß der Staffeltarif im Jahre 1920 nicht zur Einführung gelangt.

Vororte gegen Tarifierhöhung.

Der Verein der Vororte Berlins zur Wahrung gemeinsamer Interessen gegen die Tarifierhöhung der Berliner Straßenbahn und den Erwerb der Großen Berliner Straßenbahn durch den Zweckverband. Der „Große Vorort“ des Vereins hielt am Montagabend eine gut besuchte Versammlung ab, in der Regierungsrat Dr. Hepler einen die Materie beherrschenden Vortrag hielt. Er legte mehrere Anträge vor, die mit unweiblichen Veränderungen fast einstimmig angenommen wurden. Ein Antrag empfiehlt, die Verhandlungen über den Erwerb der Großen Berliner Straßenbahn auf ein Jahr zu vertagen, weil sich heute und während des Krieges die Verhältnisse und die spätere Entwicklung gar nicht übersehen lassen und die größte Vorsicht geboten sei. Ein zweiter Antrag verlangt, daß die Verhandlungen nicht geheim, sondern öffentlich geführt werden. Die Öffentlichkeit habe das allergrößte Interesse daran, vollständig über diese den Lebensnerv von Groß-Berlin betreffenden Vorgänge unterrichtet zu sein. Ein dritter Antrag spricht sich energisch gegen den Erwerb der Straßenbahn während des Krieges aus, dessen Ausgang unter allen Umständen abgewartet werden müsse, denn davon hänge auch die Entwicklung von Groß-Berlin in hohem Maße ab.

Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für Donnerstag, den 2. November 1916.

Table with 2 columns: Fish type and Price. Items include cod, haddock, mackerel, etc.

Keine Winterversorgung mit Kartoffeln durch die Gemeinden.

Die gegenwärtige Knappheit an Kartoffeln in Groß-Berlin hat zu einer eigenartigen Entscheidung geführt. Bekanntlich wurde vor einiger Zeit die Bestimmung getroffen, daß die Gemeinden die Winterversorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu ermäßigten Preisen übernehmen sollten. Die Gemeinden haben denn auch daraufhin schon vor Wochen die Vorstellungen eingefordert und die auf jeden Haushalt entfallende Menge zugewiesen. Vergeblich warten aber seit geraumer Zeit die Besitzer auf die Lieferung der Ware. Die gegenwärtig in Groß-Berlin herrschende Knappheit dürfte überhaupt die Ausführung des Planes unmöglich machen. Wie wir hören, steht die Verpflichtung einer behördlichen Bestimmung bevor, durch die die bisher erfolgten Zuweisungen an Kartoffeln für den Winterbedarf aufgehoben werden, so daß es vielmehr bei der bisherigen Art der Rationierung der Kartoffeln verbleibt. Mit den schon ausgegebenen Bezugsscheinen für Kartoffeln dürften die Inhaber dieser Scheine nichts anfangen können.

Bezug von Haferflocken. Wie in vergangenen Monaten, so gewährt die Stadt Berlin auch im November den Kindern bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre je 1 Pfund Haferflocken. Die zur Empfangnahme berechtigenden Bezugsscheine werden von den Brotkommissionen am 2. und 8. November in der bisherigen Weise nach Strahenzügen verteilt. Die Haferflocken sind nicht mehr in den Apotheken, sondern in den bei den Brotkommissionen bekannten Verkaufsstellen erhältlich. Die Einrichtung weiterer Verkaufsstellen steht bevor. Die für Oktober gültigen Bezugsscheine können auch während des Monats November eingelöst werden.

Auf die Wochenmenge von Speisefett kommen in der nächsten Woche vom 6. bis 12. November 1916 unverändert 80 Gramm Butter und 80 Gramm Margarine zur Ausgabe.

Die Freireise von Reußhän haben in ihrer Oktober-Quartalversammlung beschlossen ihre Geschäfte vom 1. November 1916 ab an Wochentagen nur bis 8 Uhr abends geöffnet zu halten, außer Sonnabends. An Sonn- und Feiertagen sind die Geschäfte ununterbrochen bis 1 Uhr mittags geöffnet. An sämtlichen zweiten Feiertagen bleiben die Geschäfte ganz geschlossen.

Wo bleibt die Asche?

Einen interessanten Beitrag zu dieser Frage liefert ein Fall, den sich die Friedhofsverwaltung der Stadt Berlin geleistet hat. Ein Berliner Schriftsteller verlor seine Frau und ließ sie einäschern. Infolge eines bald bevorstehenden Fortzuges von einer Stadtgemeinde in eine andere überließ er die Urne mit den sterblichen Resten der Verstorbenen der Berliner Krematoriumsverwaltung zur Aufbewahrung, für die 20 M. bezahlt werden mußten. Mit der Zahlung der 20 M. blieb der wenig bemittelte Schriftsteller im Rückstand, worauf er das nachfolgende, in einem hiesigen Blatte abgedruckte Schreiben erhielt:

Krematorium Berlin, Berlin, den 18. Oktober 1916. Wofiedenkonto der städtischen Friedhofskasse Nr. 14840. Auf unter Ersuchen vom 26. vorigen Monats um Einzahlung von 20 M. Aufbewahrungsgeld für die Aschenreste der Frau ... ist bis jetzt Ihrereis nicht erfolgt. Sollte der Betrag nach Ablauf von acht Tagen bei unserer Friedhofskasse nicht eingegangen sein, so erfolgt die kostenlose Beisetzung der Aschenreste in einem gemeinschaftlichen Grabe, dessen Lage den Hinterbliebenen nicht ersichtlich gemacht werden kann.

Diese Art der Mahnung ist der Stadt Berlin nicht würdig. Selbst Verstorbene, deren Beerdigung auf Kosten der Stadt erfolgen muß, werden beerdigt unter genauer Bezeichnung der Grabstelle, wo die Beerdigten liegen. Weiter zu gehen, hat auch das Krematorium für das Bestattungswesen kein Recht. Es kann höchstens die aufgewendeten Kosten einziehen, wenn solche Kosten eintreibbar sind. Aber damit zu drohen, die Beisetzung werde erfolgen, ohne daß der Ort der Beisetzung genannt wird, ist eine Härte, die wohl kaum anderswo geübt werden dürfte. Sie ist auch ungebührlich.

Ein tödlicher Eisenbahnunfall hat sich am Dienstag in der Nähe des Bahnhofs Adlershof ereignet. Der dort angestellte Streckenarbeiter Silvester Lupowski hatte sich Dienstag früh auf dem Wege zur Arbeitsstätte, an der er sich um 6 Uhr früh einzufinden hatte, verspätet und wollte sich deshalb den Weg abkürzen. Zu diesem Zweck kletterte er vom Hauptplatz Johannisthal aus über die Böschung und überschritt den Bahnhöfen. In der Eile überließ er dabei das Herannahen eines Vortruges, wurde von der Maschine erfasst, überfahren und auf der Stelle getötet.

Ein schwerer Verkehrsunfall hat sich gestern auf dem Grundstück der Eisenbahnung von Cohn u. Borchert ereignet. Die dort beschäftigte Arbeiterin Frau Auguste Gude aus der Fruchtstraße verlor entgegen den erteilten Anordnungen das Tor des Grundstücks zu verlassen, als gerade auf dem Anschlaggleis der Fabrik ein Güterwagen herangekommen wurde. Frau G. wurde dabei zwischen den Waggon und den das Grundstück umgrenzenden Jaun gedrückt und erlitt schwere Querschnitte der Brust. Die Verunfallte wurde in bestimmungslosem Zustande nach dem Lichtenberger städtischen Krankenhaus geschafft. Die Ärzte hoffen, sie dem Leben erhalten zu können.

46 neue Ziegenzuchtvereine im Kreise Niederbarnim. Die Verwaltung des Kreises Niederbarnim hat sich während der Kriegszeit die Hedung der Ziegenzucht besonders angelegen sein lassen. Ihre Bestrebungen, die Ziegenhalter zu Vereinen zusammenzuschließen, haben den Erfolg gehabt, daß nicht weniger als 46 neue Vereine im Kreise gegründet worden sind. Der Kreis hat jedem dieser Vereine eine Gründungsbeihilfe von 100 M. und mehr bewilligt und außerdem mindestens einen Zuchtbock unentgeltlich überlassen. Auch eine Anzahl Mutterziegen sind an die Vereine abgegeben worden.

Die Ober-Obst-Ausstellung in der Egerzierhalle der Alexander-Kaserne, Alexanderstraße 56, ist eröffnet. Es ist Gelegenheit gegeben, sich von der Güte und Mannigfaltigkeit der in den besetzten Gebieten hergestellten Erzeugnisse zu überzeugen.

Berichtigung. In dem Versammlungsbericht des sechsten Wahlkreises hat sich insofern ein Versehen eingeschlichen, als Genosse Leid nicht gesagt hat, daß das „Berliner Volksblatt“ auf dem Parteitag in Erfurt den Titel „Vorwärts“, Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, erhielt, sondern auf dem Parteitag in Halle im Jahre 1900.

Verloren wurde am Sonnabend ein Trauring, Buchstaben O. S. 12. 2. 5. Gegen Belohnung abzugeben bei Schulz, Stargarder Straße 88, Aufg. 1. 4 Treppen.

Am Mittwoch vormittag zwischen 11 und 12 Uhr wurde auf dem Wege von der Schönheitsstraße nach der Niemeßstraße in Reußhän die Summe von 21 M. in Papiergeld verloren. Die Verliererin, eine arme Kriegserwitwe und Mutter von fünf kleinen Kindern, bittet den ehrlichen Finder, den Fund abzugeben bei Weimann, Reußhän, Niemeßstr. 18, Quergebäude 1.

Unbekannte Leiche. Am 10. Oktober vormittags wurde im Großen Wannsee die Leiche eines jungen Mannes gefunden. Der Unbekannte ist etwa 20—24 Jahre alt, 1,65—1,68 groß, hat dunkelblondes Haar, ist bartlos. Bekleidet war er mit grauem Wollstoff, grauem Jackett und Weste, dunkelgestreifter Hose, rotfarbendem Hemd mit weißen Quadraten, weichem Sammttragen, Schiips in Rosafarbe, grauen Strümpfen und Schallstücheln. In den Taschen befanden sich: eine Bartbürste, ein Kamm, ein weißes und ein buntes Taschentuch. Personen, die nähere Angaben über die unbekannte Leiche machen können, werden gebeten, solche an den Herrn Amtsvorsteher in Wannsee, sowie an den XII. Kriminalbezirk Berlin zu Nr. 284 IV 13. 13 zu richten. Auch nimmt jedes Polizeiviertel sachdienliche Mitteilungen entgegen.

Gesperet. Das Volkstheaterprädium teilt mit: An der Straßenkreuzung Kaiser-Wilhelm-Straße und Dirdenstraße wird der westliche Teil der Dirdenstraße vom 1. November d. J. ab für den gesamten Fußverkehr gesperrt.

Kleine Nachrichten. „Vorkarteneinsender“ suchten in der vergangenen Nacht die Kommissionen in der Wittlicher und der Senefelder Straße heim. Bei der 31. stahlen sie Kartoffelkarten mit den Nummern: 62 200 — 62 450, Kartoffelzugkarten: 20 800 bis 20 000, Zuckerkarten: 24 800 — 24 900, Weizenkarten: 39 203 — 39 303

